

„Jeder hat so sein eigenes Problem, aber alle das gleiche Feindbild“

Eine Analyse von autoritär-rebellischen Protestbewegungen
in Baden-Württemberg und Thüringen als Politisierungs-
räumen von Demokratiefeindlichkeit

Berichtszeitraum 01.01.2023–31.12.2023

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie Federführenden Ämter, die an unseren Befragungen teilgenommen haben. Sie haben alle entscheidend am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt.

Das Team des ISS e.V.

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, Dezember 2023

Autor*innen ISS e.V.:
Markus Brenn
Paul Obermeyer
Dr. Evelyn Sthamer
PD Dr. Sebastian Winter

Gefördert vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Inhalt:

1	Einleitung	4
2	Bundesweite Perspektive	10
3	Bundeslandspezifische Perspektive	16
3.1	Thüringen	16
3.1.1	Entwicklung und Struktur des Protestgeschehens der autoritär-rebellischen Mischszenen in Thüringen	16
3.1.2	Reaktionen in Thüringen auf das Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen	22
3.1.3	Medienanalyse: Stadt in Thüringen	33
3.2	Baden-Württemberg	35
3.2.1	Entwicklung und Struktur des Protestgeschehens der autoritär-rebellischen Mischszenen in Baden-Württemberg	35
3.2.2	Reaktionen in Baden-Württemberg auf das Protestgeschehen der autoritär- rebellischen Mischszenen	39
3.2.3	Medienanalyse: Stadt in Baden-Württemberg	45
4	Fazit	48
5	Literatur	50
6	Anhang:	53
	Tabelle 1: Aktivitäten von Mischszenen in den Förderregionen	53
	Tabelle 2: Aktivitäten von Mischszenen nach Regionen und Gebietskörperschaft	53
	Tabelle 3: Häufigkeiten von an Mischszenen beteiligten Akteur*innen	53
	Tabelle 4: Gemeinsames Auftreten rechtsextremer Akteur*innen und Akteur*innen aus esoterischen oder anthroposophisch geprägten Szenen	54
	Tabelle 5: In Mischszenen aktive Akteur*innen nach Regionen und Gebietskörperschaft	54
	Tabelle 6: Themen von Mischszenen nach Region und Gebietskörperschaft	55
	Tabelle 7: Übergriffe und Anfeindungen im Kontext von Mischszenen nach Region und Gebietskörperschaft	55
	Tabelle 8: Einschätzung „Wie beurteilen Sie die Situation in Ihrer Förderregion bzgl. der nachfolgenden Bereiche?“	56
	Tabelle 9: Relevanz von Verschwörungserzählungen innerhalb der Mischszenen	56
	Tabelle 10: Problemdruck bezüglich Verschwörungserzählungen nach Aktivitäten von Mischszenen in den Förderregionen	57

Tabelle 11: Veränderungen des Problemdrucks zu Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus zwischen den Jahren 2023 und 2021	57
Tabelle 12: Problemdruck durch Mischszenen nach Regionen und Gebietskörperschaft	58
Tabelle 13: Zustimmung zu der Aussage: „Im Rahmen der Umsetzung unserer Partnerschaft für Demokratie bestehen besondere Unsicherheiten bei der Adressierung von Mischszenen“	58
Tabelle 14: Unsicherheiten bei der Adressierung von Mischszenen nach Problemdruck	59
Tabelle 15: Aktivitäten von Mischszenen in den Förderregionen nach Bundesland	60
Tabelle 16: Problemdruck durch Mischszenen nach Bundesland	61
Tabelle 17: Übergriffe und Anfeindungen nach Bundesland	62
Tabelle 18: In Mischszenen aktive Akteur*innen nach Bundesland	63
Tabelle 19: Themen von Mischszenen nach Bundesland	65

1 Einleitung

„Die Versprechen der spätmodernen Gesellschaft stellen sich für sie als leer heraus. Also entwickeln sie einen Groll gegen jene Personen und Instanzen, denen sie die Verantwortung für ihr Scheitern zuschreiben. Sie wollen die erlittene Kränkung nicht hinnehmen und wehren sich, indem sie in den selbst erklärten Widerstand gehen oder in den sozialen Netzwerken unermüdlich Kommentare gegen ihre Feindbilder posten. Nicht selten zwingt eine Steigerungslogik sie zu immer radikaleren Positionen.“

(Amlinger/Nachtwey 2022, S. 14)

Seit dem Jahr 2020 ist in Deutschland ein neuer Typus von Protestbewegungen zu beobachten, der bei maßgeblicher Beteiligung demokratiefeindlicher Akteur*innen doch von einer auffälligen Heterogenität seiner Anhänger*innen geprägt ist. „Zwischen Hippies und Neonazis“ hat die Süddeutsche Zeitung das Spektrum der Teilnehmer*innen treffend zusammengefasst.¹ Beginnend mit der Kritik an den Schutzmaßnahmen angesichts der Corona-Pandemie hat sich das Spektrum der Protestthemen mittlerweile weit aufgefächert – von der ‚Friedensbewegung‘ mit Russlandfahnen über die ‚Energiekrise‘ bis hin zur Ablehnung einer Aufnahme von Geflüchteten. Themenübergreifend gleichbleibendes Charakteristikum ist die Feindseligkeit gegen ‚die da oben‘.

Im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie hat das ISS Frankfurt a.M. diese Entwicklung bereits seit dem Jahr 2020 und auch über die Dauer der Corona-Pandemie hinaus weiter beobachtet: Während im Jahr 2020 58 % (173 von 300) der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie angaben, dass „neue Koalitionen und Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des populistischen, rechtsaffinen und rechtspopulistischen Spektrums“ in ihren Förderregion wiederholt oder in Einzelfällen aktiv waren,² galt dies im Sommer 2022 vor dem Hintergrund des Krieges gegen die Ukraine bereits für 68 % (230 von 338).³ In diesem Kurzbericht wird die aktuelle Situation im Jahr 2023 genauer in Augenschein genommen.

Zur Bezeichnung des gemeinsamen Protestgeschehens unterschiedlicher politischer Milieus unter Beteiligung demokratiefeindlicher Akteur*innen wird in dem vorliegenden Kurzbericht der Begriff „Mischszenen“ aufgegriffen, der auch von den Verfassungsschutzämtern benutzt wird.⁴ Er hat den Vorteil, zunächst von konkreten Inhalten abzusehen und formal auf die lagerübergreifende Struktur des Protestgeschehens abzustellen. Der Versuch des Verfassungsschutz-

1 SZ 2020.

2 Vgl. ISS 2020a, S. 11.

3 ISS 2022a, Tabelle 87, S.79. Abgefragte Items waren: „Im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 waren in unserer Förderregion aktiv: Neue Koalitionen und Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des populistischen, rechtsaffinen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrums im Kontext der Corona-Krise“ (Monitoring 2020, vgl. ISS Vgl. ISS 2020a, Tabelle 12, S. 62) bzw. „Im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022 waren in unserer Förderregion aktiv: Neue Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des rechtsaffinen Spektrums im Kontext der Corona-Krise“ (Monitoring 2022, vgl. ISS 2022a, Tabelle 87, S.79). Siehe FN 6.

4 Vgl. NLFV 2022, S. 52ff.

zes, das Gemeinsame hinter der unzusammenhängend erscheinenden Vielfalt der Protestgegenstände auch inhaltlich zu fassen, ist mit dem gewählten Begriff „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“⁵ aus Forschungsperspektive aber noch nicht präzise genug: Die in den hier betrachteten Mischszenen virulente Feindschaft gegen ‚die da oben‘ richtet sich einerseits nicht nur gegen staatliche Organe und Organisationen wie die Bundesregierung und kommunale Behörden und geht andererseits nicht immer einher mit der Delegitimierung des Staates als Ganzem, während eine grundlegende Ablehnung des Staates auch in anderen politischen Milieus (beispielsweise in der radikalen Linken) zu finden ist.

Im Rahmen der jährlichen quantitativen Befragung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie durch die wissenschaftliche Begleitung („Monitoring“) wurde das Phänomen im Jahr 2023 wie folgt erläutert: „Dabei werden unter Mischszenen das gemeinsame Auftreten unterschiedlicher politischer Milieus und Szenen unter Beteiligung demokratieskeptischer bis demokratiefeindlicher Akteur*innen (z.B. zu Themen wie Corona- Schutzmaßnahmen, Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine, Energiekrise) verstanden.“ Im Sommer 2023 haben mehr als 70 % (258 von 356) der Koordinator*innen angegeben, in ihrer Förderregion seit dem Jahr 2020 Aktivitäten solcher „Mischszenen“ beobachten zu können.⁶

In verschiedenen sozialwissenschaftlichen Studien ist das verbindende inhaltliche Moment dieser Mischszenen als spezifische Mentalität bestimmt worden. Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey sprechen diesbezüglich von einem „libertären Autoritarismus“. Er sei ihrer Meinung nach das Ergebnis einer Verarbeitung von Enttäuschungen bezüglich grundlegender Versprechen der liberalen Gesellschaftsordnung. Statt eine produktive kritische Haltung einzunehmen, werde an der erlebten Kränkung festgehalten und das Opfersein zelebriert, um im Gefühl moralischer Überlegenheit einen ressentimentgetriebenen Groll gegen ‚die da oben‘ ausagieren zu können. Diese Haltung konstituiere sich nicht zuletzt über die Teilhabe am Protestgeschehen als Gemeinschaftsevent, in dem sich der tendenziell verschwörungsgläubige Protest gegen die ‚Eliten‘ mit Imaginationen eines homogenen, von populistischen ‚Führern‘ verkörperten ‚Volkswillens‘ verbindet.⁷

Dieser Prozess unterliegt einer Radikalisierungsdynamik. Beate Küpper u.a. sehen „Verschwörungsglauben“ und „Populismus“ als wesentliche Stufen auf dem Weg der demokratiegefährdenden Radikalisierung hin zu „völkisch-autoritär-rebellischen Einstellungen“ (vgl. Abb. 1). In der Funktion der Mischszenen als Politisierungsräume, die den Weg hin zur Demokratiefeindlichkeit bereiten, liegt vielleicht ihr größtes Gefahrenpotential. Hier wird eine ebenso ressentimentgetriebene wie vergemeinschaftende Haltung eingeübt, die als engagierte Regierungskritik daherkommt und doch im Kern antidemokratisch ist.⁸

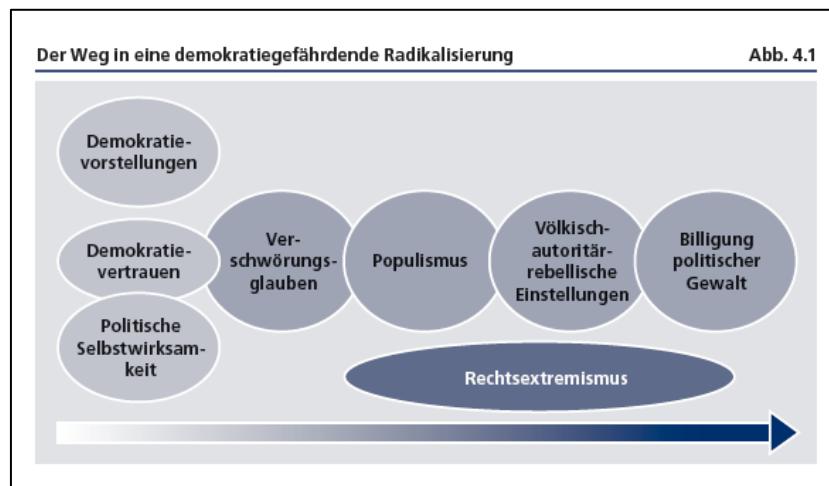
5 Vgl. ebd.

6 Vgl. Tabelle 1. Es ist zu beachten, dass eine direkte Vergleichbarkeit dieses Items mit den Items, die für die obige Darstellung der Entwicklung zwischen 2020 und 2022 herangezogen wurden, nicht gegeben ist.

7 Vgl. Amlinger/Nachtwey 2022; Groß/Hövermann/Nickel 2023.

8 Wie die Leipziger Mitte-Studien gezeigt haben, wird dieser rebellische Autoritarismus („projektiver Typus“) flankiert von einem ihm manifest entgegenstehenden konservativen Autoritarismus („somasochistischer Typus“), der sich u.a. in überzogenen Strafordürfnissen gegenüber Impfgegner*innen zeigt: „Zugespielt formuliert, richten sich die autoritären Aggressionen der autoritären Geimpften also gegen Menschen, die zwar nicht geimpft sind, ansonsten aber die eigenen rechtsextremen Einstellungen teilen.“ (Decker u.a. 2022, S. 110).

Abbildung 1: Radikalisierungsprozess



Quelle: Küpper u.a. 2023, S. 97.⁹

Im vorliegenden Bericht wird der Begriff autoritär-rebellische Mischszenen benutzt und auf Verschwörungsglauben und Populismus als wesentliche Elemente ihrer Formierung und ihres Diskurses verwiesen. Die Akteur*innen dieser Mischszenen werden in Anlehnung an die Begriffsverwendung in den *Bielefelder Mitte-Studien*¹⁰ als demokratiedistanziert bis -feindlich beschrieben.

Verschiedene Studien haben auf die regionale Prägung von autoritär-rebellischen Mischszenen hingewiesen. Nadine Frei und Oliver Nachtwey haben gezeigt, dass in Baden-Württemberg vor allem das „Alternativmilieu“ und das „anthroposophische Milieu“ viele Akteur*innen dieser Mischszenen stellen: „Es ist eine Bewegung, die teilweise eher von links kommt, sich aber nach rechts bewegt.“¹¹ In anderen Bundesländern ist die maßgebliche Beteiligung rechts-extremer Akteur*innen weiter verbreitet.¹² Frei und Nachtwey resümieren:

„Bei den Studienteilnehmer:innen ist der Anteil von AfD-Wähler:innen in Ostdeutschland deutlich höher als in Baden-Württemberg. Vice versa ist der Anteil von ursprünglichen Grünen- und Linke-Wähler:innen in Baden-Württemberg doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Zwar konnten sich die Querdenken-Proteste auch in Ostdeutschland, vor allem Sachsen, etablieren, doch sind diese stärker von der extremen Rechten geprägt und tragen deutlich weniger esoterische und anthroposophische Züge.“¹³

Auch im *Thüringen-Monitor* wird festgestellt, dass das Milieu der Coronaskeptiker*innen zwar politisch heterogen sei, sich selbst als „ganz rechts“ einstufende Befragte hier aber deutlich überrepräsentiert seien.¹⁴ Die Ergebnisse der Studien von Frei und Nachtwey sowie des *Thüringen-Monitors* werden von der vorliegenden Untersuchung bestätigt und können auf die Auswirkungen der Situation für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie hin ergänzt und qualitativ unterfüttert werden.

⁹ Vgl. zum „rebellisch-autoritären“ Charakter auch Winter 2023, S. 118.

¹⁰ Vgl. Zick/Mokros. 2023, S. 88.

¹¹ Vgl. Frei/Nachtwey 2021, S. 4.

¹² Vgl. ebd.; BAG „Gegen Hass im Netz“ 2023; Vgl. Reiser u.a. 2022.

¹³ Frei/Nachtwey 2021, S. 5.

¹⁴ Vgl. Reiser u.a. 2020, S. 46ff., 75ff.; vgl. Reiser u.a. 2021, S. 52f., 62ff.

Im *Thüringen-Monitor* wird bis letztes Jahr ein stetiger Rückgang des Anteils Rechtsextremer an den Corona-Protesten und auch in der Gesamtbevölkerung dokumentiert.¹⁵ Dies deckt sich mit den Befunden der *Leipziger Autoritarismusstudien* und den *Bielefelder Mitte-Studien* der vergangenen Jahre¹⁶ und auch die Beurteilungen der Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie zeigen einen solchen Rückgang. Im Schwerpunktbericht des Jahres 2022 *Die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine und die Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie in den Förderregionen* fasste die wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie dieses Phänomen folgendermaßen zusammen:

„Auffällig ist [...] der Rückgang des wahrgenommenen Problemdrucks im Bereich Rechtsextremismus [...]. So sank der Anteil an Partnerschaften für Demokratie, die einen hohen oder sehr hohen Problemdruck wahrnehmen, in Westkommunen von 31 % [...] auf 19 % [...], in Ostkommunen von 64 % [...] auf 49 % [...]. Die in den qualitativen Interviews generierten Einsichten hierzu sind so eingängig wie altbekannt: Die befragten Koordinator*innen berichten von einer Vermischung verschiedener Akteur*innengruppen des demokratiefeindlichen Spektrums, welche eine politische Einordnung der Proteste zunehmend schwieriger mache. Gerade in Städten, wo sich mehrere Gruppen üblicherweise zu größeren Protestaktionen zusammenfinden, bleibe die Zuordnung zu einzelnen Szenen bzw. Gruppierungen schwierig bis unmöglich.“¹⁷

Neue Koalitionen, Themen und Artikulationsformen und die Normalisierung von vormalig ‚rechtsextremen‘ Positionen machen die Einordnung (in Einstellungsuntersuchungen auch die Selbstverortung) schwieriger. Die hier betrachteten autoritär-rebellischen Mischszenen sind nicht ‚rechtsextrem‘ im überkommenen Sinn. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie ist bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich geworden, dass nicht zuletzt auch wegen dieses Umstands auf Seiten der Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie Handlungsunsicherheiten gegenüber den Mischszenen und ihrem populistischen Plädoyer für ‚Meinungsfreiheit‘ und ‚Demokratie‘ bestehen.¹⁸ Allerdings scheint sich der rechtsextreme Gehalt aktuell wieder deutlicher zu entpuppen: Im Jahr 2022 verblieben die im *Thüringen-Monitor* dokumentierten Werte für den einstellungsmäßigen Rechtsextremismus in der Gesamtbevölkerung auf dem Vorjahrsniveau und in der aktuellsten *Mitte-Studie* wird sogar eine Trendumkehr und ein Anstieg der Rechtsextremismus-Werte festgestellt.¹⁹

Eine vertiefende Analyse der Herausforderungen für die kommunale Demokratieförderung durch die autoritär-rebellischen Mischszenen und eine zusammenfassende Darstellung der Umgangsweisen mit ihnen existiert bislang nicht. Bei einer solchen Untersuchung sollte der regionalen Unterschiedlichkeit Rechnung getragen werden, um nicht unzulässig verallgemeinernde Aussagen zu generieren, die sich in der Praxis dann als untauglich erweisen würden. Dazu bietet sich ein Bundeslandvergleich an. Es wurden für den vorliegenden Bericht daher zwei Bundesländer – Thüringen und Baden-Württemberg – anhand der erwähnten Studien und der Daten aus dem Monitoring des Jahres 2022 ausgewählt. Relevante Kriterien waren bei der Sichtung der Monitoring-Daten erstens ein hoher Anteil wiederholter Aktivitäten mit populistischen Positionen sympathisierender Personen in den Förderregionen, zweitens die

15 Vgl. Reiser u.a. 2021, 62, 80, 115.

16 Vgl. Decker u.a. 2022, S. 12; Küpper/Zick/Rump 2021, S. 90.

17 ISS 2022b, S. 6f.

18 Vgl. ISS 2022b.

19 Vgl. Reiser u.a. 2022, S. 80; Zick/Mokros 2023, S. 66ff.

überwiegende Wahrnehmung dieser Akteur*innengruppe als fester Bestandteil des Akteurspektrums sowie drittens die Meldung offensiv veriteter Verschwörungserzählungen in Bezug auf den Krieg in der Ukraine und seinen Auswirkungen.

Der vorliegende Kurzbericht wird folgende Fragen beantworten:

- Wie lassen sich die aktuellen autoritär-rebellischen Mischszenen hinsichtlich Verbreitung, Akteur*innen und Inhalten charakterisieren? Welche Spezifika lassen sich für Thüringen und Baden-Württemberg feststellen?

Diese Mischszenen bestehen über das konkrete Protestgeschehen hinaus und sind nicht unabhängig vom politischen Klima vor Ort. In den letzten Jahren wird ein Nachlassen der Abgrenzungsbemühungen von rechtsextremen Positionen und Diskursverschiebungen in der ‚Mitte‘ der Bevölkerung gesehen. Zick und Mokros schreiben in der aktuellsten *Mitte-Studie*: „Der organisierte Rechtsextremismus hat sich über seine vielfältigen rechtsradikalen, ultranationalen wie auch verschwörungorientierten Gruppen mit der Mitte vernetzt.“²⁰ Populistische Positionen und Verschwörungsglauben in den Alltagsdiskursen von Teilen der Bevölkerung in den Förderregionen und Versuche der Behinderung prodemokratischer Akteur*innen („Shrinking Spaces“)²¹ entfalten vor dem Hintergrund des Protestgeschehens weitere Brisanz und stellen die Partnerschaften und ihre Aufgabe der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention vor Herausforderungen. Wie reagieren sie auf diese Situation?

- Vor welche Herausforderung sehen sich die Akteur*innen der Partnerschaften im Umgang mit autoritär-rebellischen Mischszenen gestellt?
- Wie gehen die Akteur*innen der Partnerschaften mit diesem Phänomen um? Welche Erfahrungen sammeln sie dabei?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde in den Monitoring-Fragebogen im Jahr 2023 eine Fragenbatterie bezüglich der Mischszenen aufgenommen. Zudem wurden sechs leitfadengestützte Interviews mit Koordinator*innen aus Thüringen und fünf mit Koordinator*innen aus Baden-Württemberg geführt. Bei der Fallauswahl wurde neben der aus den Monitoring-Daten selektierten Präsenz von Mischszenenaktivitäten in den Förderregionen auch deren Verteilung auf Großstädte, Kleinstädte und Landkreise beachtet. Die Interviews wurden transkribiert und mit der Software MAXQDA codiert, wobei die Auswertungskategorien induktiv aus dem Material entwickelt wurden. Für eine weitere Perspektive zur Charakterisierung der Mischszenen in den beiden Bundesländern wurden Social-Media-Präsenzen und Websites aus diesem Milieu ausgehend von Hinweisen aus den Interviews untersucht.

Im Kapitel 2, das auf diese Einleitung folgt, werden die im Monitoring 2023 erhobene Zahlen zu den autoritär-rebellischen Mischszenen und dem von ihnen getragenen Protestgeschehen in der Einschätzung der Koordinator*innen für einen ersten Eindruck zunächst auf die Grundgesamtheit bezogen vorgestellt: Wie verbreitet sind sie? Welche Themen greifen sie auf? Wer sind ihre Akteur*innen? Auch der von ihnen ausgehende Problemdruck für das gesellschaftliche Klima in den Förderregionen, Anfeindungen Außenstehender und schließlich Handlungsunsicherheiten bei der Adressierung dieses Milieus werden statistisch abgebildet. Dabei wird eine bundesweite Perspektive eingenommen und ausschließlich zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland unterschieden.

20 Vgl. Zick/Mokros 2023, S. 56.

21 Vgl. ISS 2019.

Die bundeslandspezifische Auswertung für Thüringen und Baden-Württemberg erfolgt in Kapitel 3. Dieses Kapitel stützt sich weitgehend auf die intensive Auswertung der elf Interviews und bildet den Hauptteil des vorliegenden Kurzberichtes. Angereichert wird die Interviewanalyse durch Daten einer bundeslandspezifischen Auswertung des Monitorings sowie durch die beiden Medienanalysen. In diesen werden in Form von Fallvignetten exemplarisch und explorativ die social media-Auftritte der Mischszenen einer Stadt in Baden-Württemberg und einer in Thüringen vorgestellt. In diesem Kapitel werden die Gemeinsamkeiten, aber auch die teilweise markanten Unterschiede der Mischszenen, der von ihnen ausgehenden Herausforderungen und der Reaktionen der Partnerschaften für Demokratie in den beiden Bundesländern anschaulich deutlich. In einem Fazit werden die Befunde abschließend zusammengefasst.

2 Bundesweite Perspektive

Das vorliegende Kapitel dient dem Überblick über das Auftreten von autoritär-rebellischen Mischszenen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie und die damit einhergehenden Herausforderungen für diese. Es basiert auf den Daten der quantitativen Befragung der Koordinator*innen der Partnerschaften im Sommer 2023 durch die wissenschaftliche Begleitung.

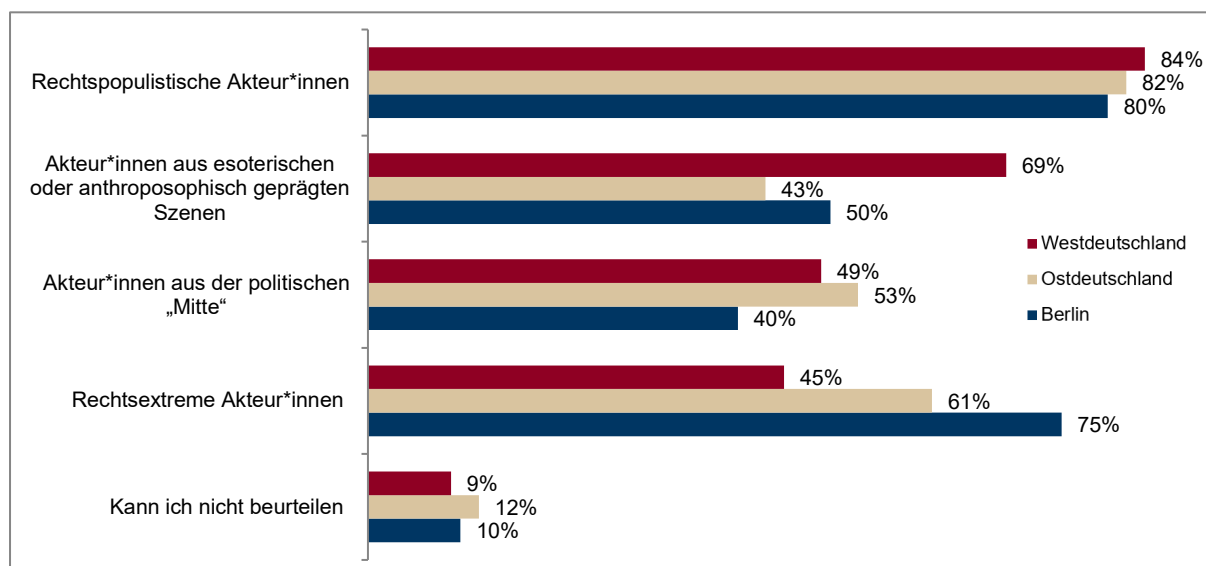
Das Vorhandensein autoritär-rebellischer Mischszenen melden Koordinator*innen bundesweit zurück, in Ostdeutschland aber häufiger als in Westdeutschland

Autoritär-rebellische Mischszenen werden von den Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie deutschlandweit in ihren Förderregionen beobachtet. 72 % der Koordinator*innen (258 von 356) melden das Auftreten dieser Mischszenen seit dem Jahr 2020.²² Dabei zeigen sich allerdings regionale Unterschiede: In den Förderregionen von Partnerschaften in Ostdeutschland (in 90 %, 98 von 109) werden sie deutlich häufiger wahrgenommen als in Westdeutschland (in 62 %, 140 von 225).²³

In Westdeutschland stellen esoterische und anthroposophische Milieus häufiger maßgebliche Akteur*innen der Mischszenen, in Ostdeutschland sind dagegen rechtsextreme Akteur*innen häufiger vertreten

Allgemein werden mit Abstand am häufigsten rechtspopulistische Akteur*innen als maßgebliche Beteiligte an den autoritär-rebellischen Mischszenen benannt. Sie werden aus 83 % (214 von 258) der Förderregionen, in denen Mischszenen aktiv waren oder sind, gemeldet.²⁴

Abbildung 2: Maßgebliche Akteur*innen der autoritär-rebellischen Mischszenen²⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

²² Vgl. Tabelle 1.

²³ Vgl. Tabelle 2.

²⁴ Vgl. Tabelle 3.

²⁵ Vgl. Tabelle 5.

Aber auch Akteur*innen aus esoterischen oder anthroposophischen Milieus (58 %, 149 von 258) und rechtsextreme Akteur*innen (54 %, 138 von 258) seien in über der Hälfte der von Mischszenen-Aktivitäten betroffenen Förderregionen an dem Protestgeschehen maßgeblich beteiligt, beide Milieus gemeinsam allerdings nur in 32 % der Förderregionen (82 von 258).²⁶ Regional unterscheiden sich die Angaben der Koordinator*innen deutlich, so dass die in der Einleitung beschriebenen Ergebnisse der Forschungsliteratur von deren Perspektive gestützt werden: Beteiligungen des esoterischen Milieus werden in Westdeutschland deutlich häufiger genannt, Beteiligungen des rechtsextremen Spektrums dagegen in Ostdeutschland (siehe Abb. 2).²⁷

Akteur*innen der autoritär-rebellischen Mischszenen stammen nach Einschätzung der Koordinator*innen häufig auch aus der politischen ‚Mitte‘

In acht Bundesländern geben mindestens die Hälfte der Koordinator*innen von betroffenen Partnerschaften an, dass (auch) „Akteur*innen der politischen ‚Mitte‘“ maßgeblicher Teil dieser Mischszenen seien.²⁸ Dies deckt sich mit Ergebnissen anderer Studien, wonach es sich bei den Mischszenen nicht um ein Phänomen handelt, das nur die politischen Ränder betrifft. Es zeigt sich vielmehr ein auch in der ‚Mitte‘ auftretendes „Abdriften in demokratiegefährdende Positionen“.²⁹ Insbesondere das in der neuesten *Mitte-Studie* beschriebene Phänomen, dass der Rechtsextremismus an ein Reservoir rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung anknüpfen und sich vermittelt über die Protestbewegungen und -milieus in der ‚Mitte‘ verankern könne, wird hier bestätigt.³⁰

In Westdeutschland konzentrieren sich Mischszenen thematisch auf die Corona-Schutzmaßnahmen, in Ostdeutschland ist ihr Themenspektrum weiter gefasst

Bezüglich der thematischen Schwerpunktsetzungen des Protestgeschehens werden am häufigsten noch immer Corona-Schutzmaßnahmen genannt: 98 % (254 von 258) der Koordinator*innen von Mischszenen-Aktivitäten betroffener Partnerschaften gaben dies an. Es folgt der russische Angriffskrieg bei rund 71 % (182 von 258). Auf einer allgemeineren Ebene liegen die Anlässe „wahrgenommene Einschränkungen individueller Freiheit“ (66 %, 169 von 258) und „die eigene ökonomische Situation“ (36 %, 93 von 258). Letztere ist demnach als Begründung für autoritär-rebellische Mischszenen-Proteste ähnlich weit verbreitet wie eine „wahrgenommene kulturelle ‚Überfremdung‘“ (38 %, 97 von 258).³¹

Dass mit 88% (200 von 227)³² der Großteil der Koordinator*innen mehr als eine thematische Schwerpunktsetzung der in seiner*ihrer Förderregion aktiven Mischszenen angegeben hat, macht deutlich, dass das Protestgeschehen rund um die Corona-Schutzmaßnahmen sich mittlerweile auf andere Themen ausgeweitet hat.³³ Sowohl konkrete politische Ereignisse als auch

26 Vgl. Tabelle 4.

27 Vgl. Tabelle 5.

28 Vgl. Tabelle 5.

29 Küpper/Sandal-Önal/Zick, 2023, S.133. Vgl. auch Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020; Mullis/Miggelbrink 2022; Amlinger & Nachtwey 2022, S. 10, 200.

30 Vgl. Zick/Mokros 2023, S. 59.

31 Vgl. Tabelle 6.

32 Gesamtanzahl ergibt sich aus den 258 Fällen, die Mischszenen in ihrer Region beobachten, abzüglich derjenigen, die bei der Frage „Kann ich nicht beurteilen“ angegeben haben.

33 Vgl. Frei/Schäfer/Nachtwey 2021.

Befürchtungen ökonomischer Deprivation und der allgemeine Eindruck einer Freiheitseinschränkung werden in Form von Protesten der Mischszenen artikuliert.

Allerdings zeigen sich auch hier regionale Unterschiede. Annähernd gleich hoch sind bezüglich der Mischszenen-Themen im Ost-West-Vergleich lediglich die Werte für „Corona-Schutzmaßnahmen“ – alle anderen Items werden aus den Partnerschaften in Ostdeutschland deutlich häufiger gemeldet. Hier ist also das Themen- und Anlassspektrum der Mischszenen deutlich weiter und – zumindest auf den ersten Blick – willkürlicher und unzusammenhängender.³⁴ Insbesondere die Motivation „wahrgenommene kulturelle ‚Überfremdung‘“ ist nach Einschätzung der Koordinator*innen in den Mischszenen Ostdeutschlands deutlich weiter verbreitet als in Westdeutschland. In fast zwei Dritteln (64%, 38 von 59) der Förderregionen in ostdeutschen Landkreisen mit Aktivitäten von Mischszenen sei diese fremdenfeindliche Stimmung einer ihrer Bestandteile.³⁵ Die Vereinnahmung des Protestgeschehens durch rechtsextreme Gruppierungen spiegelt sich hier im beobachteten Themenspektrum wider.

Aus einem Drittel der Förderregionen mit Aktivitäten von autoritär-rebellischen Mischszenen werden Anfeindungen Nicht-Szeneangehöriger zurückgemeldet

Das Protestgeschehen der Mischszenen beeinflusst das lokale politische Klima auch durch die Schaffung konkreter Bedrohungslagen. Direkte „Übergriffe und/oder Anfeindungen (z.B. am Rande von Demonstrationen)“ durch Angehörige der Mischszenen werden mindestens als Einzelfälle aus einem guten Drittel (38 %, 99 von 258) der Förderregionen gemeldet, in denen Aktivitäten von Mischszenen zu verzeichnen sind.³⁶ Auch hier zeigt sich ein Ost-West-Gefälle: In deutlich über der Hälfte der ostdeutschen Städte mit einer Partnerschaft für Demokratie nehmen die Koordinator*innen solche Anfeindungen wahr (54 %, 21 von 39).³⁷

Der Problemdruck hinsichtlich Verschwörungserzählungen wird von den Koordinator*innen in vier von zehn Förderregionen als hoch oder sehr hoch beurteilt. Hinsichtlich „Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus“ ist dies in über der Hälfte der Förderregionen der Fall, die Tendenz der Einstufung ist zudem in den letzten Jahren in vielen Förderregionen steigend

Verschwörungsgläubige und populistische Mentalitäten werden in der Forschungsliteratur als Gemeinsamkeit hinter der scheinbar willkürlichen Vielfalt der Themen der autoritär-rebellischen Mischszenen diskutiert.³⁸ Auch die Daten des Monitorings belegen, dass Verschwörungserzählungen im Kontext von autoritär-rebellischen Mischszenen eine zentrale Bedeutung zukommt: Die Hälfte der Koordinator*innen, die in ihren Förderregionen Mischszenen beobachten (50 %, 129 von 259), spricht Verschwörungserzählungen im Kontext von Mischszenen eine hohe oder sehr hohe Relevanz zu, während keine*r von ihnen angibt, dass Verschwörungserzählungen keine Relevanz hätten.³⁹

34 Vgl. Tabelle 6.

35 Vgl. Tabelle 6.

36 Vgl. Tabelle 7.

37 Vgl. Tabelle 7.

38 Siehe Einleitung.

39 Vgl. Tabelle 9.

Der wahrgenommene Problemdruck hinsichtlich Verschwörungserzählungen wurde von der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Monitorings erstmals im Jahr 2023 erhoben. Insgesamt 40 % (144 von 356) der Befragten berichten von einem hohen oder sehr hohen Problemdruck und weitere 38 % (138 von 356) von einem mittleren Problemdruck innerhalb ihrer Förderregion.⁴⁰ Ein (sehr) hoher Problemdruck bezüglich Verschwörungserzählungen wird noch häufiger zurückgemeldet, wenn auch Aktivitäten von Mischszenen in der Region beobachtet werden: 48 % (125 von 258) derjenigen Koordinator*innen, die in ihrer Förderregion Aktivitäten von autoritär-rebellischen Mischszenen wahrnehmen, nehmen auch einen hohen bis sehr hohen Problemdruck bezüglich Verschwörungserzählungen wahr und 87 % (125 von 147) derjenigen, die umgekehrt diesbezüglich einen hohen oder sehr hohen Problemdruck melden, beobachten auch das Phänomen Mischszenen in ihrer Förderregion.⁴¹

Bereits in der Einleitung wurde beschrieben, dass populistische Einstellungen als ‚wir gegen die da oben‘-Haltung ein zentrales Bindeglied für die Mischszenen darstellen. Dementsprechend ist die Frage interessant, wie sich der wahrgenommene Problemdruck bezüglich dieser Einstellungen in den letzten Jahren entwickelt hat. Über alle Partnerschaften für Demokratie hinweg wird der Problemdruck hinsichtlich „Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus“ zwischen den Jahren 2021 und 2023 von den befragten Koordinator*innen nur in einem guten Viertel der Förderregionen als sich abschwächend beurteilt (26%, 73 von 290), in einem knappen Drittel dagegen als zunehmend (32%, 94 von 290).⁴² Zudem zeigt sich eine zunehmende Verbreitung von Aktivitäten seitens „Akteur*innen, die mit populistischen Positionen sympathisieren“. Im Jahr 2020 wurden solche aus 78 % der Förderregionen gemeldet (39 % wiederholt und 39 % in Einzelfällen; 117 bzw. 118 von 300).⁴³ Der Wert stieg bis zum Jahr 2023 auf 84 % an (48 % wiederholt und 36 % in Einzelfällen; 171 bzw. 129 von 356).⁴⁴

Ein gutes Viertel der Koordinator*innen, in deren Förderregion autoritär-rebellische Mischszenen aktiv sind, beurteilt den durch sie ausgehenden Problemdruck als hoch oder sehr hoch

In einem guten Viertel (28 %, 71 von 258) der Partnerschaften, in denen Mischszenen beobachtet worden sind, wird von den Koordinator*innen ein hoher bis sehr hoher Problemdruck durch diese für die Arbeitsfelder der Partnerschaften wahrgenommen. Die Einstufungen liegen in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland.⁴⁵ Worin dieser Problemdruck besteht, wird in der Auswertung der Interviews in Kapitel 3 ausgeführt.

Wie Abbildung 3 zeigt, ist der wahrgenommene Problemdruck durch Mischszenen besonders stark mit dem wahrgenommenen Problemdruck durch Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus verknüpft. Jedoch findet sich nicht nur hier, sondern zwischen allen drei Phänomenbereichen ein moderater bis starker Zusammenhang. Wer also einen hohen Problemdruck in einem der Bereiche angibt, gibt häufig auch in einem der anderen beiden Bereiche einen hohen Problemdruck an.

40 Vgl. Tabelle 8.

41 Vgl. Tabelle 10.

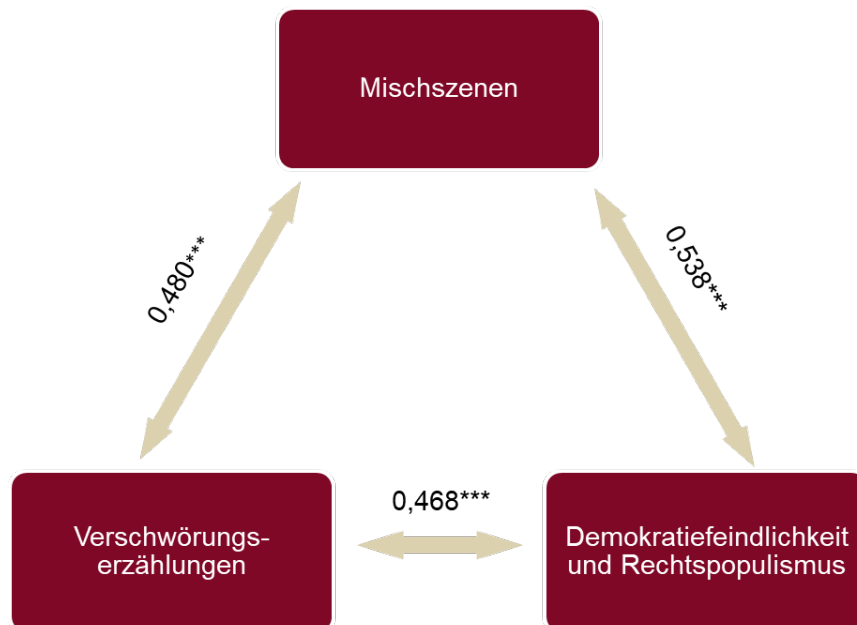
42 Vgl. Tabelle 11.

43 Vgl. ISS 2020a, Tabelle 12, S. 62.

44 Vgl. ISS 2023, Tabelle 76, S. 72.

45 Vgl. Tabelle 12.

Abbildung 3: Zusammenhänge zwischen dem wahrgenommenen Problemdruck durch Mischszenen, Verschwörungserzählungen sowie Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=249) mit Mischszenen in ihrer Förderregion, unter Ausschluss der Kategorie "Kann ich nicht beurteilen". Korrelationen nach Pearson ($^{***}=p<0,001$).

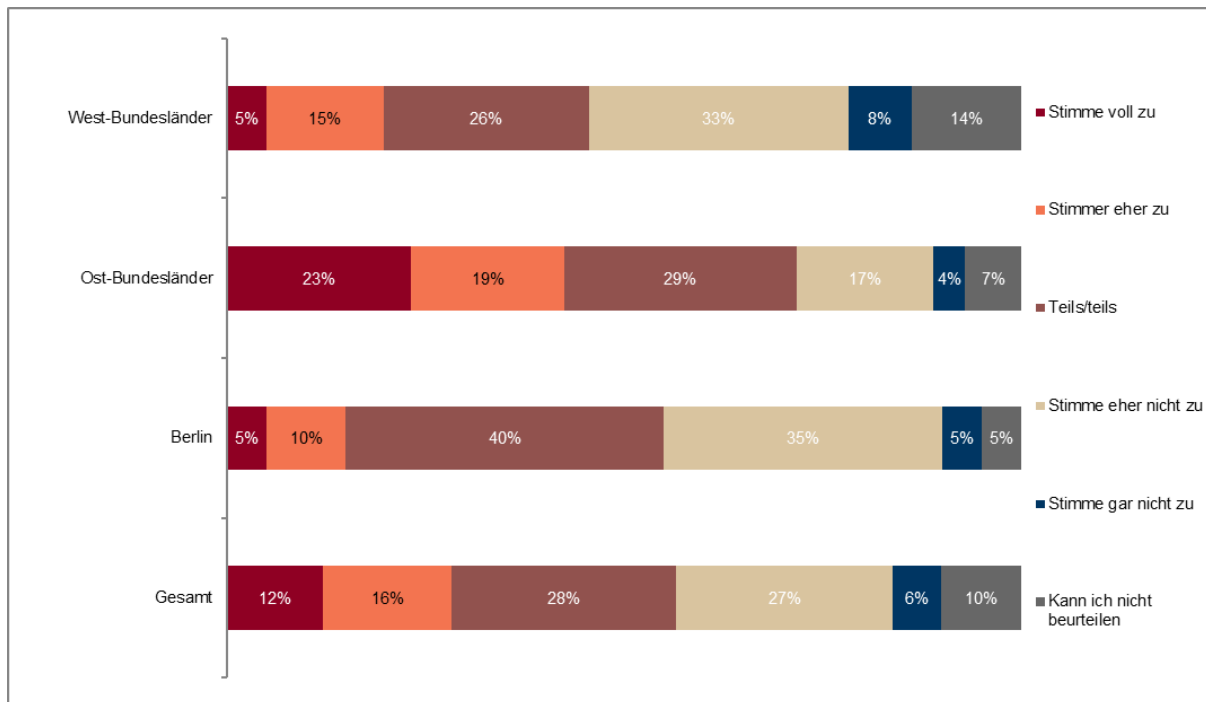
Unsicherheiten bei der Adressierung autoritär-rebellischer Mischszenen geben ein gutes Viertel derjenigen Koordinator*innen an, die mit ihren Aktivitäten in den Förderregionen konfrontiert sind

Der in der Einleitung erwähnte Eindruck, dass bei den Praktiker*innen der Demokratieförderung und Extremismusprävention häufig Unklarheiten bestehen, wie auf das Phänomen der Mischszenen reagiert werden könne oder solle, bestätigt sich in den Daten des Monitorings. 28% (72 von 258) der Koordinator*innen von Partnerschaften, in deren Förderregionen Mischszenen aktiv waren oder sind, stimmen eher oder voll der Frage zu: „Im Rahmen der Umsetzung unserer Partnerschaft für Demokratie bestehen besondere Unsicherheiten bei der Adressierung von Mischszenen.“ Der Anteil ist in den ostdeutschen Bundesländern deutlich höher als in Westdeutschland (siehe Abb. 4).⁴⁶ Wenn der Problemdruck zunimmt, steigt statistisch auch die Handlungsunsicherheit, wie ihm zu begegnen sei: Insgesamt stimmen über die Hälfte derjenigen Koordinator*innen, die den von Mischszenen in ihrer Förderregion ausgehenden Problemdruck als hoch oder sehr hoch einschätzen, eher oder voll der Aussage zu, dass bei ihnen besondere Unsicherheiten bei der Adressierung dieser bestehen (52%, 34 von 66).⁴⁷

⁴⁶ Vgl. Tabelle 13.

⁴⁷ Vgl. Tabelle 14.

Abbildung 4: Besondere Unsicherheiten bei der Adressierung von autoritär-rebellischen Mischszenen⁴⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

Zwischenfazit

Aus den Angaben der Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie lässt sich entnehmen, dass Protestgeschehen von Mischszenen deutschlandweit in ihren Förderregionen vorkommt und auch von Akteur*innen der politischen ‚Mitte‘ mitgetragen werde. In Ostdeutschland ist dieses Geschehen demnach häufiger als in Westdeutschland zu beobachten und der von ihm ausgehende Problemdruck wird als höher beurteilt. In Ostdeutschland sei auch das Themenspektrum, welches von den stärker generalisierten Protesten aufgegriffen werde, weiter als in den westdeutschen Bundesländern, Fremdenfeindlichkeit trete hierbei häufiger auf und die Beteiligung Rechtsextremer sei verbreiteter. In Westdeutschland spielten dagegen esoterische und anthroposophische Milieus eine tragendere Rolle.

Der Problemdruck durch die autoritär-rebellischen Mischszenen wird in einem Viertel der von ihren Aktivitäten betroffenen Förderregionen als hoch beurteilt. Die eng mit diesen Mischszenen verbundenen Phänomene Verschwörungserzählungen sowie Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus üben ebenfalls einen erheblichen und teilweise steigenden Problemdruck aus. Die Adressierung der Mischszenen im Rahmen der Arbeit zur Extremismusprävention stellt Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie vor besondere Herausforderungen und ist teilweise mit Handlungsunsicherheiten verbunden.

Den quantitativen Befunden wird im folgenden Kapitel exemplarisch für die beiden ausgewählten Bundesländer mit Hilfe der Ausführungen der interviewten Koordinator*innen detaillierter nachgegangen.

⁴⁸ Vgl. Tabelle 13.

3 Bundeslandspezifische Perspektive

In Thüringen haben die Koordinator*innen ausnahmslos aller 23 Partnerschaften Aktivitäten von Mischszenen in ihren Förderregionen zurückgemeldet (100%, 23 von 23). In Baden-Württemberg sind es hingegen 63% (22 von 36), allerdings geben hier auch ganze 29 % (10 von 36) an, dies nicht beurteilen zu können.⁴⁹ Letzteres verweist noch einmal auf die bereits erwähnten Schwierigkeiten bei der Einordnung des Geschehens. Ein hoher bis sehr hoher Problemdruck durch die Mischszenen für die Arbeitsfelder der Partnerschaften wird in Baden-Württemberg nur von 18% der Koordinator*innen der betroffenen Partnerschaften wahrgenommen (4 von 22), in Thüringen liegt dieser Wert mit 43% deutlich höher (10 von 23).⁵⁰

3.1 Thüringen

In den Interviews mit den Koordinator*innen von Partnerschaften für Demokratie aus Thüringen zeichnet sich eine Normalisierung der Demokratiedistanzierung bis -feindlichkeit in ihren Förderregionen ab, was demokratiefördernde Aktivitäten erschwere und Gegenrede hemme. Mit den Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen sei ein Protestgeschehen in Gang gesetzt worden, das sich seitdem mit jeder weiteren ‚Krise‘ fortgesetzt habe. Im Laufe dieser Entwicklung seien spezifische Protestthemen immer weiter in den Hintergrund gerückt und es habe sich eine Eigendynamik des Protests entwickelt.

3.1.1 Entwicklung und Struktur des Protestgeschehens der autoritär-rebellischen Mischszenen in Thüringen

Ein zentraler Aspekt, der die wahrgenommene Eigendynamik des Protestgeschehens der Mischszenen in den untersuchten Förderregionen in Thüringen beschreibt, lässt sich mit den im Analyseprozess herausgebildeten Kategorien „Schnauze voll“ und „Wir-Gefühl“ zusammenfassen. Empörung einerseits, Gemeinschaft andererseits: Mit einer andauernden Unzufriedenheit korrespondiere ein Protestgeschehen, dass als wöchentliche Zusammenkunft zu einem zugehörigkeitsstiftenden Ritual geworden sei. Das jeweilige Thema, das von den Demonstrationsteilnehmer*innen vertreten werde, sei dagegen zweitrangig und könne sich auch mit den Anliegen anderer Protestierender widersprechen. Im Mittelpunkt stehe aber stets die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung und anderen ‚Obrigkeiten‘.

„Schnauze voll“: Gemeinsamer Nenner ist die Ablehnung der Entscheidungen der amtierenden Bundesregierung

Die Kategorie „Schnauze voll“ entstammt ebenso wie die Kategorie „Wir-Gefühl“ einem In-Vivo-Code⁵¹ und hat sich im weiteren Kodierungsprozess bewährt, da sie die Stimmung des Protestgeschehens der Mischszenen einfängt, wie sie sich in allen sechs Interviews mit Koordinator*innen aus Thüringen wiederfinden lässt.

„Aber die Bewerbung [der Montagsdemonstrationen, Anm. d. Verf.] läuft so, dass man [...] dann auf den Flyern, die da im Internet kursieren [...], einlädt nach dem Motto: ‚Ihr habt die Schnauze voll? Dann kommt mit auf die Straße.‘ Also das ist

49 Vgl. Tabelle 15.

50 Vgl. Tabelle 16.

51 Für einen In-Vivo-Code wird ein eindrücklicher Begriff direkt aus dem Material übernommen.

wahrscheinlich auch bewusst thematisch offengehalten, dass sich möglichst viele Leute angesprochen fühlen.“ (BL23_TH6_11)

Von dem „Schnauze voll“-Empfinden angesichts der Schutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie habe sich das thematische Feld der Demonstrationsthemen in ihren Förderregionen ausgeweitet. So habe sich das Protestgeschehen auch nach der Beendigung der Maßnahmen halten und Menschen zu Themen wie dem Krieg gegen die Ukraine, der Energiekrise und der Inflation, dem Zuzug von Geflüchteten sowie diversen Verschwörungserzählungen auf die Straße bringen können. Diese Dynamik lässt sich anhand der Monitoringdaten bundesweit beobachten, ist aber in Thüringen in einem deutlich größeren Ausmaß zu sehen als in Baden-Württemberg, wo in den Förderregionen der dort befragten Koordinator*innen das Protestgeschehen stärker auf die Corona-Maßnahmen beschränkt geblieben und mit deren Beendigung deutlich zurückgegangen sei (siehe Kap. 3.2.). Die Entwicklung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen hin zu einem generalisierten Protestgeschehen beschreibt ein*e der interviewten Koordinator*innen besonders deutlich:

„Diese Corona-Proteste waren, Schrägstrich sind, sehr groß. Also wir haben bis heute in der Stadt XXX [Name der Stadt, Anm. d. Verf.] regelmäßig montags unsere Montagsdemonstrationen. Und was vor zwei Jahren noch eine reine Corona-Demonstration war, ist heute ausgeweitet auf, ich weiß gar nicht mehr auf was für Themen überhaupt. [...] Da kommt ganz viel Frust, Enttäuschung und Unzufriedenheit der Menschen hoch, die sich da jetzt mit andocken. Und bei vielen habe ich auch selber schon gefragt: ‚Was ist denn jetzt Ihr Problem?‘ Und viele laufen da aber mittlerweile mit, weil sie sagen: ‚Ja, ich habe jetzt gar kein Problem, aber [...] mir passt das halt nicht.‘ Aber diese Unzufriedenheit, die wir aus der Corona-Zeit haben, die den Ursprung hat in diesen Restriktionen, die den Ursprung darin hat, dass die Menschen mal gesagt bekommen haben, was sie dürfen und was sie nicht dürfen, die herrscht bis heute vor, obwohl sich doch an unserem Umfeld ganz, ganz viel wieder geändert hat. Und wir haben ganz oft das Gefühl, dass es bei vielen Menschen noch gar nicht angekommen ist, beziehungsweise dass es viele Menschen auch gar nicht sehen wollen.“ (BL23_TH1: 20)

Die berichtete Heterogenität der Themen, die sich im Anschluss an die Pandemie entwickelt habe, ist ein bezeichnendes Merkmal des Protestgeschehens der autoritär-rebellischen Mischszenen in den untersuchten Förderregionen. Trotz unterschiedlicher Meinungen fänden sich hier viele Bürger*innen in einer wöchentlich wiederkehrenden Gemeinschaft zusammen, geeint durch ein diffuses Gefühl von „*Frustration, Enttäuschung und Unzufriedenheit*“ und dessen Umsetzung in eine Feindschaft gegenüber der Regierung, die den Menschen sage, „*was sie dürfen und was sie nicht dürfen*“. Das Modell von Amlinger und Nachtwey über die Entwicklung von Enttäuschung zu Groll und schließlich der populistischen Feindseligkeit des libertären Autoritarismus lässt sich hier gut anlegen.⁵²

Die Monitoringdaten verweisen darauf, dass sich die Feindseligkeit dieser Gemeinschaft auch in direkten Übergriffen oder Anfeindungen Außenstehender (z.B. am Rande von Demonstrationen) manifestiert. Diese werden mindestens als Einzelfälle aus einem guten Drittel der Förderregionen mit Mischszenen-Aktivitäten gemeldet. Für Thüringen betragen die entsprechenden Werte überdurchschnittliche 61% (14 von 23), für Baden-Württemberg nur unterdurchschnittliche 18% (4 von 22).⁵³

⁵² Siehe Einleitung.

⁵³ Vgl. Tabelle 17. Die entsprechenden Werte über alle Partnerschaften für Demokratie hinweg betragen 38 % (99 von 258).

Beispielhaft berichtet ein*e Koordinator*in aus Thüringen über ihre*seine Förderregion:

„Und man muss auch dazu sagen, dass wir aus diesen Veranstaltungen heraus auch körperliche, gewalttätige [Angriffe, Anm. d. Verf.], teilweise auf Mitglieder von unserem Jugendforum hatten, [...] weil sie vielleicht ein T-Shirt, was man der linken Szene zuordnen kann, getragen haben oder eben eine Maske getragen haben in diesen Demonstrationen [...] oder vielleicht auch in eine Diskussion da andere Positionen eingebracht haben, dass sie da wirklich auch gewalttätig angegriffen worden sind daraufhin.“ (BL23_TH6_27)

„Wir-Gefühl“: Die Montagsdemonstrationen werden von Befragten als Happening mit Bindungsfaktor beschrieben, das durch seine Regelmäßigkeit immer wieder die Gemeinschaft unter den Protestierenden reproduziere

Neben der Anschlussfähigkeit über die Unbestimmtheit der Themen, die bei den Demonstrationen repräsentiert werden, sei die sich regelmäßig zusammenfindende Gemeinschaft ein weiterer Faktor, der die Teilnahme befördere. Ein*e Koordinator*in beschreibt dies als „Wir-Gefühl“ der Protestierenden, das sich trotz unterschiedlicher und einander zum Teil widersprechender Problem- und Themensetzungen dennoch über die gemeinsame Feindschaft konstituiere:

„[Ich, Anm. d. Verf.] könnte [...] mir vorstellen, dass das auch dieses Wir-Gefühl ist: ‚Das sind wir. Und gegen die.‘ [...] Wir sind sicherlich nicht alle einer Meinung, jeder ist in diesem Protestzug gegen irgendwas in der Regierung. Der eine ist halt gegen das Heizungsgesetz, das kommen soll oder [...] Dieselaautos aus dem Verkehr ziehen. Der Nächste ist gegen den Ukrainekrieg, der Nächste ist vielleicht für den Ukrainekrieg. [...] Die fühlen sich alle: ‚Wir sind eins und die dagegen.‘ So findet sich diese ganze Mischszene eigentlich zusammen. Sie denken alle, sie sind gleich. Und jeder hat so sein eigenes Problem, aber alle das gleiche Feindbild. Die große Politik.“ (BL23_TH4_12)

Dass die regelmäßig stattfindenden Demonstrationen der Mischszenen nicht primär durch ihren Themenbezug an Zulauf gewinnen, sondern vor allem auf anderer Ebene anziehend wirken, habe sich bereits zu Beginn der Protestgeschehens gezeigt. In den Interviews wird berichtet, dass das Erlebnis der Teilnahme an diesem Protestgeschehen selbst, gerade während der Ausgangsbeschränkungen zu Pandemiezeiten, motivierend wirkte.

„Tja, bei den Demonstrierenden. Eigentlich ist es eine super Gemengelage gewesen in den Anfängen. Man ging da mit, um, fast hätte ich gesagt: rauszukommen, also auf die Straße gehen zu dürfen. Das ist jetzt kein Scherz, spielte auch eine Rolle dabei ganz in den Anfängen.“ (BL23_TH5_15)

Auch in der weiteren Entwicklung des Protestgeschehens bleibe das „Rauskommen“ relevant. Das Protestgeschehen sei vielerorts zu einem festen Ritual im Wochenablauf geworden: Der Montagabend wird sich freigehalten, um an den Demonstrationen teilnehmen zu können. Ein*e Koordinator*in beschreibt, wie die sogenannten „Montagsspaziergänge“ zum regelmäßigen Happening geworden seien.

„Und mittlerweile scheint das [...] so einen Event-Charakter zu haben, so: montags treffen wir uns halt und dann laufen wir da rum, quatschen da [...] und die meisten Leute [...] unterhalten sich [...] über ganz stinknormale Sachen und laufen da jetzt hinterher. Der eine oder andere hat ein Schild [...]. Da gibt es mal den einen oder anderen Sprechchor, aber das war es dann auch. Es hat eher so einen Happening-

Charakter. Aber es hat eine große Bindungskraft, gerade für die Leute, die halt wirklich da jeden Montag sich bei Wind und Wetter... Also da kann es regnen, schneien, winden, egal, die gehen auf die Straße. Und das ist halt schon wirklich beängstigend, wenn man das sieht, dass diese Bindungskraft mittlerweile so groß ist. (BL23_TH6_17)

Mit den Montagsspaziergängen habe sich eine wiederkehrende Veranstaltung institutionalisiert, die durch ihre Regelmäßigkeit und Beständigkeit einen Raum der Vergemeinschaftung schaffe, den die Teilnehmenden nicht missen wollen. Das Protestgeschehen sei in den Alltag integriert und die Teilnahme sei normal:

„Manchmal ist es so, dass Leute uns sagen: ‚Na, mein Sohn geht da auch mit‘, oder Verbundenheit durch Nachbarschaften. Die sagen: ‚Na, das machen alle in meinem Haus.‘“ (BL23_TH1_24)

Das Protestgeschehen bilde somit einen festen Teil der Lebenswelt der Protestierenden.⁵⁴

Wahrgenommene Kränkungen der Nachwendezeit wirken in dem aktuellen Protestgeschehen nach

Die Kränkung, als welche viele Bürger*innen der ostdeutschen Bundesländer den Niedergang der DDR-Wirtschaft und die Übernahme der ökonomischen und politischen Leitungsstellen durch Westbürger*innen erlebt haben,⁵⁵ muss für die Analyse des Protestgeschehens in Thüringen berücksichtigt werden. Persistierende Gefühle der Zurücksetzung in der Bevölkerung werden in den Interviews aus den Thüringer Förderregionen wiederholt thematisiert. Sie würden teilweise in rassistische Ressentiments transformiert.⁵⁶

„Verlustangst ganz stark. Und als immer noch so eine Benachteiligung: Der Osten kriegt weniger, wir werden nicht gehört. Und natürlich auch der Kostendruck. Das ist schon da. Natürlich Inflation und Energie. Das kommt schon dazu. Und dass mir eben was durch andere weggenommen wird, das kanalisiert sich jetzt erst mal. Das haben wir immer wieder, all die Jahre schon gehabt: für die Geflüchteten ist das und das da, für uns nicht.“ (BL23_TH2_18)

Diese Erfahrungen würden in der gegenwärtigen Krisenzeit aktualisiert und ebenfalls über die Haltung des „Schnauze voll“ und „Wir-Gefühl“ mit demokratiefeindlichem Unterton bearbeitet. Das scheinbare Aufbegehren ende in der Ablehnung der Demokratie. Wie der *Deutschland-Monitor 2022* zeigt, besteht unter den Ostdeutschen eine höhere und zunehmende Unzufriedenheit mit der Demokratie: „Mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert, sind 59 % (2020: 65 %) der Westdeutschen, aber nur noch 39 % (2020: 48 %) der Ostdeutschen zufrieden.“⁵⁷

⁵⁴ Vgl. zum Begriff der Lebenswelt: Schütz/Luckmann 1975.

⁵⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2020; Seidler/Seidler/Benz 2021.

⁵⁶ Vgl. für eine spezifische Auseinandersetzung mit dem Gefühl des „Abgehängtseins“ für Thüringen: Reiser/Küppers/Brandy/Hebenstreit/Vogel 2022, S. 45-51.

⁵⁷ Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland 2022, S. 92.

Interviewte Koordinator*innen beobachten, dass Organisationsaufgaben von Rechtsextremen übernommen werden und das Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen dabei von deren Erfahrungen profitiert

Rechtsextreme nutzen die Demonstrationen der Mischszenen als Möglichkeit, ihre Ideologien, unter anderem (antisemitische) Verschwörungserzählungen, zu verbreiten.⁵⁸ In mehreren Interviews mit den Koordinations- und Fachstellen der ausgewählten Förderregionen in Thüringen wird deutlich, dass rechtsextreme Akteur*innen eine wesentliche Rolle im Protestgeschehen vor Ort einnehmen. Dies betreffe insbesondere Organisationsaufgaben im Rahmen von Demonstrationen.

„Es gibt durchaus den rechtsextremen XXX [Name eines bekannten Rechtsextremisten, Anm. d. Verf.], der das mit organisiert hat. [...] In XXX [Ort in Thüringen, Anm. d. Verf.] haben die ein Büro [...]. Wir wissen [...], dass die dort mit organisieren im Hintergrund. Also dass die die ganze Woche dort sitzen und teilweise immer diese ganzen Demoaufrufe für so was mit organisieren.“ (BL23_TH2_8)

Die Anmeldung der Demonstrationen und die Mobilisierung für diese liege in vielen Fällen in den Händen rechtsextremer Akteur*innen. In einem Interview mit einer*m Partnerschaftsordinator*in wird beschrieben, wie dies zu einer stärkeren Strukturierung des zunächst ungeordneten Protestgeschehens geführt habe. Protestneulinge würden dabei von erfahrenen rechtsextremen Akteur*innen an die Hand genommen.

„Ablesbar ist das daran, dass bei diesen Spaziergängen und bei den ersten Formierungen Leute auch aufgetreten sind, die gehören auf keinen Fall zur rechten Szene, [...] die dann auch eine Wortführerfunktion übernommen haben, so einen Spaziergang angeleiert haben und so weiter. Das lief dann auch erst mal [...] ein bisschen ungeordnet. Dann allerdings, wenig später, waren [...] organisierte Kräfte, erfahrene Menschen aus diesen Mixturen der Vorjahre mit dabei. [...] Das spielt hier eine große Rolle, weil es diese Strukturen bei uns in dem Landkreis eben gibt und in den benachbarten auch. Und es gibt überhaupt gar keine Grenze mehr im Zweifelsfall zu organisierten Nazis [...]. Die gehen bei solchen Spaziergängen oder Veranstaltungen an der Trommel mit und brüllen ihren Kram und das trifft sich dann halt im Begriff Widerstand, Regierung muss weg, also all das.“ (BL23_TH5_11)

Rechtsextreme würden zudem die thematische Ausrichtung der Proteste durch strategisches Agenda-Setting maßgeblich in ihrem Sinne mitbestimmen können.

„Man darf [...] nicht unterschätzen, dass [...] das Wissen, wie man etwas [als Thema auf die Agenda, Anm. d. Verf.] setzt oder bestärkt oder welche Nachrichten man da auch noch rein importiert, in eine Gruppe oder in so einen Diskussionsprozess oder in eine Veranstaltungsankündigung, [...] erhebliche Kraft entwickeln kann, weil dann [...] Slogans auftauchen, die viel griffiger sind als das, was einem ‚Ich mache da auch mit‘-Menschen so einfällt. [...] Und da halte ich den Einfluss von solchen [rechtsextremen, Anm. d. Verf.] Gruppierungen und Personen für enorm hoch.“ (BL23_TH5_17)

Rechtsextreme würden hier auf einen Nährboden der Unzufriedenheit und Demokratiedistanzierung treffen, der sich für die Verbreitung und Festigung eines demokratie- und menschen-

58 Vgl. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2020, S. 19.

feindlichen Weltbilds eignet. Die Unterstützung von rechtsextremer Seite werde oftmals unhinterfragt angenommen und Abgrenzungsbemühungen gegenüber rechtsextremen Akteur*innen innerhalb der Mischszenen gebe es kaum.

„Abgrenzung gab es eigentlich nicht. Es war so, dass wir dann auch immer nachgefragt haben von Leuten, die da vor Ort leben oder da auch im Stadtrat sind oder Gemeinderat oder was auch immer. Da wurde gesagt naja, das ist halt so eine Gruppe, da sind alle dabei und die paar rechts Organisierten spielen da keine Rolle. [...] XXY, XYY, YYY [Namen von bekannten Rechtsextremisten, darunter ein Liedermacher Anm. d. Verf.], solche Leute treten da auf. Und das stört die nicht. Die fahren dahin, um sich da zu treffen, um da auch noch mal Unterstützung zu bekommen und finden die Lieder von dem dann auch sehr schön.“
(BL23_TH5_5)

Beteiligungen des rechtsextremen Spektrums an dem Protestgeschehen der Mischszenen sehen die Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie im Vergleich der Bundesländer am häufigsten in Sachsen (80%, 20 von 25), auch Thüringen liegt hier mit gut 60% über dem Durchschnitt (61%, 14 von 23), während in Baden-Württemberg nur ein Drittel der Koordinator*innen rechtsextreme Akteur*innen in den Mischszenen ihrer Förderregionen (32%, 7 von 22) melden.⁵⁹

Einflussnahmen auf das Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen, so die Beobachtungen der sechs interviewten Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie in Thüringen, würden auch durch Parteien stattfinden.⁶⁰

„Meiner Meinung nach ist das so. Ich schaue, wer dort bei den Veranstaltungen, bei den Demonstrationen vorne ran läuft. Ich schaue, wer die Veranstaltung anmeldet. Und meiner Meinung nach haben Akteure aus der, ich sage jetzt mal, aus der rechtspopulistischen Szene da einen sehr großen Anteil.“ (BL23_TH1_58)

„Also wer sich da jetzt, am Anfang nicht so sehr, aber jetzt dann doch zunehmend [einbringt, Anm. d. Verf.] ist halt die AfD [...]. Es war auch schon so, dass XXX [Name eines bekannten rechtspopulistischen Politikers, Anm. d. Verf.] auch schon [hier, Anm. d. Verf.] war zu einem Spaziergang. Und also das wird von der AfD definitiv vereinnahmt.“ (BL23_TH6_13)

Neben der Teilnahme an und der Anmeldung von Demonstrationen werden diese Akteur*innen sowohl als vereinnahmende wie auch treibende Kraft des Protestgeschehens beschrieben. Auf die Frage nach organisierenden Gruppen des Protestgeschehens vor Ort antwortet ein*e Koordinator*in:

„Ja, für mich ist da immer nur die AfD identifizierbar [...] als die treibende [Kraft, Anm. d. Verf.] meiner Meinung nach.“ (BL23_TH1_75-83)

In Thüringen beteiligen sich nach Einschätzung der Koordinator*innen auch ‚linkskonservative‘ Akteur*innen maßgeblich am Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen

In Thüringen geben 22% der Koordinator*innen von Partnerschaften in Förderregionen mit Mischszenen an, dass „sich politisch ‚links‘ verortende Akteur*innen“ maßgeblich bei diesen

⁵⁹ Vgl. Tabelle 18.

⁶⁰ Vgl. Hentges/Wiegel 2021.

Mischszenen mitwirken würden (5 von 23). Als Vergleich: In Baden-Württemberg sind dies nur 14% (3 von 22).⁶¹ Eine Erklärung findet sich in den Interviews, wo die Charakterisierung der ‚linken‘ Beteiligung an den Mischszenen in Baden-Württemberg sehr viel stärker in Richtung lebensreformerischer Alternativszenen geht (siehe Kap. 3.2.1.). In den betrachteten Förderregionen in Thüringen dagegen handele es sich nach Einschätzung der Interviewten bei den ‚linken‘ Mischszenen-Unterstützer*innen oft um Anhänger*innen des „Wagenknecht-Lagers“, wie folgendes Zitat beispielhaft verdeutlicht:

„Und da sind definitiv Leute dabei, die vor zehn Jahren noch SPD und CDU gewählt hätten oder halt Linkspartei meinetwegen. In Thüringen ist die ja auch stark vertreten. Aber auch bei der Linkspartei merkt man ja, dass die ja auch sich innerlich zerreißt und auch quasi auf der einen Seite halt dieses Wagenknecht-Lager, was ja auch so sehr populistisch, systemkritisch und auch national denkt und auf der anderen Seite noch irgendwie diese progressiveren Leute und dass sich das natürlich auch aufspaltet.“ (BL23_TH6_41)

3.1.2 Reaktionen in Thüringen auf das Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen

Nachdem das Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen in den Förderregionen der interviewten Thüringer Koordinator*innen dargestellt worden ist, wird im folgenden Kapitel auf die Reaktionen von Seiten der Kommunalverwaltungen und der Zivilgesellschaft eingegangen. Anschließend wird der Umgang mit den Mischszenen im Rahmen der Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie in den Fokus genommen.

3.1.2.1 Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft

In Thüringen wird – so das Bild, das sich aus den hier geführten Interviews ergibt – den anti-demokratischen und autoritären Tendenzen der Mischszenen auch entgegengetreten und widersprochen, allerdings seien die Hürden dafür hoch. Demokratiedistanzierte bis -feindliche Positionen fänden sich mancherorts auch unter den lokalen Eliten und in den Kommunalparlamenten und -verwaltungen und fänden unter den Bürger*innen viel Resonanz.

„Also das muss man schon sagen, dass das innerhalb der kurzen Zeit auch bei [...] mir bekannten Leuten, die [...] an sich auch offen waren und auch sicherlich früher andere Parteien gewählt haben, die jetzt halt auch zu der AfD tendieren und die du auch in [...] Diskussionen oder Argumentation extrem schlecht erreichst mittlerweile... Und es sind vor allem eben auch wirklich gut gebildete Leute und auch gut situierte Leute, die da ganz klar und offen sich bekennen. Also das sind Unternehmer oder auch selbst in der Kommunalverwaltung, im medizinischen Bereich. Also wenn man da so rum hört und sich mit Leuten unterhält, [...] dann hat man schon das Gefühl, dass es wirklich der überwiegende Teil der Bevölkerung mittlerweile ist, der da rechtsoffen ist und die AfD da auch [...] unterstützt [...].“ (BL23_TH6_33)

In dem aktuellen *Thüringen-Monitor* stehen entsprechende Zahlen:

*„Der drastischsten Aussage, dass die Eliten gegen die Interessen der Bevölkerung handeln, stimmen fast zwei Drittel der Thüringer*innen zu. [...] Ebenso findet die*

61 Vgl. Tabelle 18.

Vorstellung, dass die Politiker*innen parteiübergreifend und gemeinsam ihre eigenen Interessen verfolgten, die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit.“⁶²

Interviewte Koordinator*innen beschreiben, dass sich Vertreter*innen der thüringischen Kommunalverwaltungen teilweise nicht eindeutig gegen das autoritär-rebellische Protestgeschehen positionieren würden. Dies wird mit der alltäglichen Nähe zu entsprechenden Akteur*innen und Positionen begründet

In den Interviews wurde gezielt nach den Reaktionen der Kommunalverwaltung auf die Aktivitäten der Mischszenen gefragt. In den Antworten zeigt sich für die betrachteten Förderregionen in Thüringen diesbezüglich eher eine Zurückhaltung. Häufig würden demokratiedistanzierte bis -feindliche Aktivitäten nicht auf einem Niveau als problematisch wahrgenommen werden, das zum Handeln aufrufen würde. Begründet wird dies damit, dass Vertreter*innen rechtspopulistischer und -extremer Parteien gewählt werden und allgemein akzeptiert selbst in den kommunalen Gremien sitzen würden.

„Probleme haben wir auch mit dieser Akzeptanz dieser, nennen wir sie jetzt mal Mischszene. Ich würde es konkreter machen, also Demokratiefeinde. [...] Und wir haben eben nicht nur die Rechtsextremen, die im Kreistag sitzen oder die Rechtsrockkonzerte machen, sondern eben auch Bürgermeister verschiedener Parteien, oder einer bestimmten Partei, die dann zum Beispiel [...] in der Kreistagssitzung dem YYY [Name eines rechtsextremen Politikers, Anm. d. Verf.] mal eben ihre Jacke borgen, weil er ansonsten des Hauses verwiesen worden wäre, weil er mit einem eindeutig rechtsextremen T-Shirt [...] da war. Das sind so Sachen, mit denen wir [...] zu kämpfen haben. Also nicht nur in der Zivilbevölkerung, sondern auch in der Kommunalpolitik gibt es hier eine gewisse Akzeptanz.“ (BL23_TH4_10)

In einem weiteren Interview lautet die Antwort auf die Frage, ob die Mischszenen von der Kommunalverwaltung kritisch adressiert würden:

„Nein, kaum. Ein bisschen in der Führungsspitze versuchen wir es schon. Aber ansonsten kaum. Weil die Verwaltung ist natürlich auch durchaus AfD-durchsetzt“ (BL23_TH2_38)

Ebenso wie in der Bevölkerung finde sich – so die Interviewten einhellig – auch in den Kommunalverwaltungen der Förderregionen der Interviewten eine Normalisierung und Veralltäglichsung im Umgang mit dem Mischszenediskurs und seinen Akteur*innen. Es gebe sogar durchaus Zuspruch und Annäherungsversuche von Bürgermeister*innen gegenüber Teilnehmer*innen der Proteste.

Allerdings wird auch von Bürgermeister*innen berichtet, die den kritischen Dialog mit den Protestierenden suchen. Die Erfahrungen damit seien aber aufgrund von deren gesprächsablehnender Haltung eher enttäuschend gewesen.

„Gleichzeitig gab es auch Versuche von den Bürgermeistern aus der Region, mit den Demonstrierenden ins Gespräch zu kommen. Da gab es, ich glaube, ein oder zwei Termine, die aber dann auseinandergegangen sind, weil man einfach gesehen hat, also da ist keinerlei Bereitschaft zur Diskussion [...]. Wie gesagt, das ist krachend gescheitert. Und ich kann zumindest von dem Bürgermeister in XXX [Name einer Gemeinde in Thüringen, Anm. d. Verf.] [...] sagen, dass der sich [...] ganz klar von diesen Demonstrationen dort, [...] auch während dieser Corona-

62 Reiser/Küppers/Brandy/Hebenstreit/Vogel 2022, S. 82-83.

Hochzeit, wo ja andere Bürgermeister teilweise sich noch zu den Demonstrierenden gestellt haben und dort gesprochen haben und denen teilweise rechtgegeben haben, dass das hier schon von Beginn an eine klare Abgrenzung [...] gab.“ (BL23_TH6_23)

Die Gegenrede aus der Zivilgesellschaft gestaltet sich aufgrund des angespannten politischen Klimas und der sozialen Nähe besonders in ländlichen Regionen Thüringens als schwierig

Politische Gegenrede und Abgrenzung sind schwierig, wenn sie sich gegen Personen aus dem eigenen sozialen Nahraum richten müssten. Dies sei in den ländlichen Räumen Thüringens allerdings oftmals der Fall. Offensive Gegenrede wäre hier mit hohen sozialen Kosten verbunden, was die Hemmung, sich gegen Aussagen auszusprechen oder gegen Demonstrationen zu engagieren, steigere:

*„Und das ist sehr spürbar und im ländlichen Raum ein Riesen-Problem, weil es eben tatsächlich, naja, ist vielleicht jetzt keine große Erkenntnis, sich sozial noch mal anders vermittelt, wenn es ein kleiner Ort ist. Und wenn von 500 Einwohner*innen oder von 15 Familien, die da wohnen, sich dem zehn anschließen, sind die fünf anderen Außenseiter.“ (BL23_TH5_29)*

Aus Sorge vor dem sozialen Ausschluss bleibe die Gegenrede oft aus:

„Ja, also, wenn ich jetzt an den ländlichen Raum in Mitteldeutschland denke, glaube ich, ist das jetzt schon eher der Normalzustand. [...] Also du merkst schon, dass, sage ich mal, in den Städten eher noch Leute da sind, die da auch dagegen argumentieren. Also wenn du jetzt, sage ich mal, auf die kleineren und im ländlichen Raum die kleinen Orte gehst, [...] [d]a traut sich keiner mehr, etwas dagegen zu sagen. Es wird sicherlich den einen oder anderen geben, der anders denkt, aber es traut sich halt mittlerweile keiner mehr irgendwie, dagegen etwas zu sagen [...]. Und dass man da wirklich wahrscheinlich, gerade wenn man in so einem kleineren Ort lebt und da auch weiterhin leben will oder muss, dass man sich dann doch eher arrangiert und dann eben keinen Widerspruch tätigt.“ (BL23_TH6_35)

Der*die hier interviewte Koordinator*in stellt die These auf, dass in urbanen Räumen andere Möglichkeiten der Gegenrede bestünden als auf dem Land. In einem Interview mit einem*einer Koordinator*in einer Thüringer Großstadt wird die dortige Situation denn auch eher als zugespitzt und konfrontativ beschrieben:⁶³

„Der Stadtrat [...] hat einen Anteil von fast 30 Prozent, also der AfD-Stadtrat. Und ja, das merken wir natürlich auch in unserem Stadtbild, weil das ist, ähnlich wie auch im Land Thüringen, ganz, ganz stark polarisiert. Also Sie haben eine sehr starke rechte Front. Sie haben auch eine sehr starke linke Front. Diese beiden stehen sich gegenüber.“ (BL23_TH1_62)

Die politische Haltung der autoritär-rebellischen Mischszenen sei abseits der Städte aber „eher der Normalzustand“ und wer von dieser abweicht, gerate in Gefahr anzuecken und müsse mit den Konsequenzen dann weiter seinen*ihren Alltag vor Ort bestreiten.

63 Vgl. zum Stadt-Land-Unterschied bezüglich der politischen Raumkulturen Reise u.a. 2022.

Aus den betrachteten Förderregionen wird von prodemokratischen Gegenprotesten berichtet, diese blieben im Vergleich zu dem ritualisierten Protestgeschehen der Mischszenen aber punktuell

In den Interviews zeigt sich, dass vor allem (aber nicht nur) in den Thüringer Städten Gegenproteste zu den Demonstrationen der Mischszenen stattfinden. Besondere Anlässe wie der Christopher Street Day seien dabei eine Chance, sich gegen die Entwicklungen des Protestgeschehens der Mischszenen und den daran anknüpfenden Diskursen von Rechtspopulismus und Verschwörungserzählungen auszusprechen:

„Also regelmäßige Gegendemonstrationen gibt es nicht. Es gibt dann mal so Aktionen, ich denke zum Beispiel an Christopher Street Day [...]. Und da ist es aber typisch. Da kommen dann die jungen Leute und machen sich halt auch mal Luft. Und da kann es dann auch sein, dass da mal ein Plakat hochgehalten wird, wo man sich gegen diese Entwicklung wehrt. Aber [...] eine kontinuierliche Gegenbewegung gibt es nicht.“ (BL23_TH1_166)

Von einer beispielhaften Aktion der Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit einer Stadtverwaltung mit Kulturschaffenden berichtet ein*e weitere Interviewte*r: An zwei Tagen sei die Lautstärke der Montagsspaziergänger*innen mit ebenso lauter Musik als Zeichen gegen Verschwörungserzählungen und Demokratiefeindlichkeit gestört worden:

„Es gab eine zivilgesellschaftliche Aktion, [...] da haben einfach Kulturschaffende, [...] mit Verantwortlichen der Stadt festgelegt, dass man diese Proteste, zumindest was die Skandierungen angeht, einfach mal leise macht, indem man überall Musik gespielt hat am Protestmontag und auch am Protestsamstag, sehr, sehr laut, so dass einzelne demokratiefeindliche und verschwörungstheoretische Ausrufe einfach überhaupt nicht mehr zu hören waren, keine Fackeln, keine Trommeln.“ (BL23_TH3_13)

Solche Aktionen, die dem Protest der autoritär-rebellischen Mischszenen entgegenstehen und zugleich eine alternative Form des Ausdrucks von Unzufriedenheit und Empörung anbieten, fänden jedoch im Vergleich zu den wöchentlichen Montagsspaziergängen nur punktuell statt. Es lasse sich ein Missverhältnis beobachten zwischen den Bemühungen des Gegenprotestes und der Beständigkeit und Größe des Protestgeschehens der Mischszenen:

„Es gab auch die eine oder andere Demonstration gerade von jungen Leuten, die sich da vehement gegen gewehrt haben, gegen diese Art des Protestes. Aber man muss natürlich dazu sagen, dass rein von den Zahlen der Teilnehmenden das deutlich unter denen lag, die [...] gegen diese Corona-Maßnahmen auf die Straße gegangen sind und zum anderen auch einfach die Ressourcen [...] fehlen, über einen längeren Zeitraum da so einen Protest aufrecht zu erhalten, also die Leute zu motivieren, dann eben auch entsprechend auf die Straße zu gehen.“ (BL23_TH6_25)

In mehreren Thüringer Interviews wird auf die Frage nach Gegenprotesten von Petitionen mit teilweise mehreren hundert Unterschriften gegen die Montagsspaziergänge berichtet. Petitionen könnten als stille Form des Protestes Personen zu einer Form der Gegenrede bewegen, die für sie in anderer Form aus Angst, sich unbeliebt zu machen, nicht möglich wäre. Deutungsmächtige Akteur*innen wie Bürgermeister*innen oder andere bekannte Gesichter des lokalen Lebens würden öffentlich die Petitionen unterstützen und so gegen die Normalisierung der Montagsspaziergänger*innen und ihrer Botschaften vorgehen.

3.1.2.2 Partnerschaften für Demokratie

Nach der Betrachtung der Reaktionen von kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft auf die Aktivitäten der autoritär-rebellischen Mischszenen wird im Folgenden ein fokussierter Blick auf die diesbezüglichen lokalen Bedingungen geworfen, soweit sie konkret die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie betreffen, sowie auf die Handlungsweisen von deren Akteur*innen.

Rahmenbedingungen:

Die Rahmenbedingungen in ihren Förderregionen werden von den sechs interviewten Koordinator*innen aus Thüringen als eher herausfordernd für ihre Arbeit eingeschätzt. In einem Interview wird eine sehr ernüchterte Stimmung deutlich:

„Also [...] wenn ich jetzt überlege, die Entwicklung von 2016 bis jetzt, [...] die sieben Jahre wo ich jetzt dabei bin: Es ist [...] immer in die entgegengesetzte Richtung gegangen, die man selber eigentlich sehen wollte, weil es klar ist, dass wir hier mit der kleinen Gruppe [...] nicht [...] den großen Turnaround schaffen können. Wir [...] versuchen das Beste und haben gerade bei den jungen Leuten, glaube ich, auch schon schöne Erfolge vorzuweisen, aber es wäre jetzt vermessen zu meinen, [...] mit unseren Projekten kriegen wir die Leute jetzt dazu [...] umzudenken, sich selbst kritisch zu reflektieren und zu sagen: ‚Okay, jetzt, 2024, wähle ich eine demokratische Partei.‘ Also ich glaube, dafür bräuchte es andere Strukturen. Da müssten wirklich viel mehr Ressourcen [...] vor Ort [...] in demokratische Bildungsarbeit [...] gesteckt werden, damit man da wirklich etwas spürbar [...] erreichen kann.“ (BL23_TH6_69)

Die im Jahr 2024 anstehenden Kommunalwahlen werden als bedrohlich für die Partnerschaften wahrgenommen

Angesichts der im kommenden Jahr in Thüringen anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen wird von interviewten Koordinator*innen Besorgnis geäußert, inwiefern das Weiterbestehen der Partnerschaften für Demokratie bei den zu erwartenden Zugewinnen an politischer Gestaltungsmacht seitens demokratiefeindlicher Akteur*innen gesichert sei. In einem Interview wird eine sich daher bereits jetzt im Vorfeld einstellende, vorsichtige und abwägende Haltung deutlich. Vermieden würden öffentliche Positionierungen, die der Partnerschaft zukünftig schaden und mögliche Verbündete aus dem demokratischen Spektrum verprellen könnten:

„Aber [...] wir sind ja [...] abhängig von politischen Mehrheiten, wenn es bei uns weitergehen soll. [...] Wir haben nächstes Jahr ja Wahl, wo wahrscheinlich es schwierig werden wird, danach noch politische Mehrheiten für dieses Programm zu finden. Und wir haben die Landtagswahl und das ist bei uns in Thüringen dahingehend wichtig, weil in Thüringen die Kofinanzierung des Programms über das Land erfolgt, weil die Kommunen hier dermaßen schlecht aufgestellt sind. [...] Und da hat die AfD auch schon angekündigt, [...] sobald sie irgendwie dort Einfluss hat, wird dieses Programm beerdigt. Und deswegen müssen wir hier wirklich ganz [...] vorsichtige Schritte machen, wie wir jetzt Themen irgendwie platzieren oder eben auch welche Themen wir überhaupt platzieren. Weil [...] wir dürfen es uns jetzt zum Beispiel [...] mit der CDU oder der FDP nicht verscherzen, weil ansonsten gehen bei uns definitiv die Lichter aus. Und insofern passt man sich dann natürlich auch mit seiner Arbeit entsprechend an und verzichtet halt vielleicht auf das eine

oder andere Thema, obwohl es wichtig wäre [...], aber wo man genau weiß: „Okay, wenn ich es mir jetzt mit denen irgendwie versaue, dann sägen die uns bei der nächsten Möglichkeit ab.“ (BL23_TH6_55)

Aufgrund mangelnden Anzeigeverhaltens bei demokratiefeindlichen Vorfällen falle es Koordinator*innen schwer, einen Überblick über diese zu erlangen

Es sei für die Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie insbesondere in ländlichen Förderregionen schwierig, einen Überblick über die demokratiefeindlichen Vorfälle vor Ort zu bekommen, weil diese oftmals nicht angezeigt werden würden. Gründe dafür werden von einer interviewten Koordinator*in in deren Normalität ausgemacht, aber auch in der Angst, im sozialen Nahraum als „Denunziant“ angesehen und gegebenenfalls angefeindet zu werden.

„Die Situation ließe sich bei uns besser einschätzen, wenn es eine bessere [...] Informationsbasis gäbe. Natürlich arbeiten wir als Partnerschaft mit MOBIT zusammen, unserer mobilen Beratung [...]. Aber auch die sind darauf angewiesen, dass Dinge und Vorfälle gemeldet werden. Menschen melden hier Dinge einfach nicht. Also die nehmen sie wahr, sie kritisieren sie, sie würden es vielleicht auch noch vertrauensvoll ihrem Nachbarn sagen, dass sie das kacke finden, dass hier zum 100.000. Mal ein Hakenkreuz in der Schule ist, aber sie melden es nicht proaktiv. Also sie kommen nicht zur Partnerschaft. [...] Also es geht jetzt nicht darum, dass ich meine Möglichkeiten nicht kenne, [...] aber dieses: Bin ich dann ein Denunziant, wenn ich etwas anzeige? Ist es schon anzeigungswürdig oder belästige ich jetzt [...] vielleicht eine Polizei [...]? [...] Habe ich den Mut loszugehen oder beobachtet mich jemand dabei? Im ländlichen Raum gibt es viel Nähe. Diese Nähe produziert auch eine soziale Nähe. [...] Selbst wenn ich etwa wahrnehme, dass ein Nazi-T-Shirt neben mir auf dem Brauereifest [getragen wird, Anm. d. Verf.], [...], wird [das] nicht angezeigt, weil ich Gefahr laufe im ländlichen Raum, dass XY neben mir, der schon seit Schulzeiten in meiner Nachbarschaft wohnt, das gar nicht so schlimm findet, dass der mit einem Nazi-T-Shirt da sitzt und genau weiß: Ich habe es angezeigt“ (BL23_TH3_19)

In den Förderregionen der interviewten Koordinator*innen herrsche teilweise ein Klima der Akzeptanz für demokratiedistanzierte bis -feindliche Positionen, was die Basis der Arbeit der Partnerschaften untergrabe

Für einige Förderregionen wird von einem generellen Klima der Akzeptanz für demokratiedistanzierte bis -feindliche Positionen in der kommunalen Politik, Verwaltung, aber auch in Kirchen oder an Schulen berichtet. Ursächlich dafür seien neben direkter Unterstützung autoritär-rebellischer Haltungen auch Schwierigkeiten bei der Einordnung der fraglichen Positionen. Mit dieser Entwicklung würden zunehmend die Ankerpunkte fehlen, an denen sich die Arbeit der Partnerschaften festmachen könnte.

„Wir haben hier [...] Anfang 2020, als das mit den ganzen Spaziergängen losging, eine Analyserunde gemacht [...]. Nachdem festgestellt wurde, dass da auch einzelne Personen, auch wichtige, deutungsmächtige Akteure aus der Verwaltung mitgehen, aus dem Landratsamt, aus der Verbandsspitze, waren unsere Ansprechpartner in dem Verband, in der Verwaltung irgendwann mundtot, weil der Vorgesetzte da auftaucht. Man kann auch sagen mittlerweile, von der Art wie diskutiert und thematisiert wird, reicht die Mischszene durch alle Bereiche. In dem

Kreistag ist das so. In der Verwaltung ist das so. Und auch in großen, sehr, sehr wichtigen Organisationen [wie beispielsweise der Kirche, Anm. d. Verf.] erodiert diese gesamte Gegenhaltung deshalb, weil die Kirche uns ganz direkt sagt: ‚Wir können jetzt nicht mehr sortieren. Wir können nicht sagen, diese Leute würden wir kritisieren. Das sind alles Christen und der Gang der Dinge ist nun mal so.‘ Und in anderen Vereinen, Verbänden ist der Hauptsatz [...], dass wir hier unpolitisch sind und neutral und links und rechts ist derselbe Quatsch. Und in Schulen spielt das eine Riesen-Rolle, ob der Schulleiter eben AfD-Wähler oder sogar Mitglied ist oder ob in der Schülermitverwaltung, [...] das schon Raum gegriffen hat, was die Eltern sagen.“ (BL23_TH5_25)

Eine besonders folgenreiche Auswirkung der Akzeptanz für demokratiedistanzierte bis -feindliche Positionen könne die Veränderung der Meinungsbildungsprozesse im Begleitausschuss der Partnerschaften für Demokratie sein. Befürchtet wird in einem Interview eine mögliche Zweckentfremdung der Fördermittel, welche die Partnerschaften vergeben:

„Das ist ja das, was vielen [Partnerschaften für Demokratie, Anm. d. Verf.] jetzt gerade Probleme bereitet, die gesagt haben: ‚Okay, [...] die Fraktionen [im Stadt- oder Kreistag, Anm. d. Verf.] haben auch einen Sitz im Begleitausschuss.‘ Und [...] wenn die AfD reingewählt ist, hat die AfD automatisch auch den Sitz. Das haben wir Gott sei Dank nicht. Aber ich kenne auch in Thüringen einige Kollegen von uns, die wirklich in ihrem Begleitausschuss sehr, sehr große Probleme haben und wo man dann auch aufpassen muss, dass nicht die Gelder, die ja eigentlich [...] für demokratiestärkende Geschichten eingesetzt werden sollen, dann [...] zweckentfremdet werden, um dann irgendwelche anderen Strukturen zu unterstützen.“ (BL23_TH6_51)

Die direkte Benennung demokratiefeindlicher Akteur*innen sei durch restriktive Auslegungen des ‚Neutralitätsgebots‘ schwierig

Es komme nicht selten vor, dass die Akteur*innen der Partnerschaften hinsichtlich des Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen von der Kommunalverwaltung zu „politischer Neutralität“ angehalten würden – was die Koordinator*innen in ihrer Handlungssicherheit irritiere und die Arbeit der Partnerschaften erschwere.⁶⁴ Anhand folgender Interviewpassage kann dies beispielhaft verdeutlicht werden:

„Die Stadtverwaltung gibt sich ganz, ganz große Mühe, neutral zu bleiben. Und das ist nicht leicht. Das ist ein Wahnsinnskampf, weil es von unserer Stadtverwaltung ganz klar die Ansage gibt: Wenn wir uns zu der einen Seite bekennen, müssen wir der anderen Seite die Möglichkeit geben, sich auch zu äußern. [...] Warum dem so ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Es ist eine Ansage, die haben wir von unserem Oberbürgermeister und er ruft halt zu Neutralität auf. [...] Nur als Beispiel: Dieser Christopher Street Day zum Beispiel, der in XXX [Name einer Gemeinde in Thüringen, Anm. d. Verf.] mittlerweile sehr gewachsen ist und den wir auch immer begleitet haben als Partnerschaft für Demokratie, der macht ja Veröffentlichungen, Plakate, Flyer. Und da darf das Logo der Stadt nicht mit drauf mit der Begründung, wenn die AfD eine Woche später auch eine Veranstaltung machen würde, dann müsste da auch das Logo der Stadt [...] drauf.“ (BL23_TH1_167-174)

Die Neutralitätsforderung führe so im Effekt zu weniger Sichtbarkeit des prodemokratischen Engagements.

⁶⁴ Vgl. Bohn 2019, S. 89f.

Die Publikmachung prodemokratischer Aktivitäten berge Risiken

Prodemokratisches Engagement offensiv nach außen zu zeigen, könne, so mehrere Interviewte, in dem beschriebenen Kontext Ablehnung oder sogar Anfeindungen aus der Bevölkerung generieren. Dementsprechend würden solche Projekte nicht immer publik gemacht. Vertreter*innen von Schulen hätten beispielsweise teilweise Sorgen, dass Eltern sich von Workshops für die Schüler*innen gegen Verschwörungserzählungen provoziert fühlen und sie selbst zur Zielscheibe der Mischszenenanhänger*innen werden könnten.

*„Wir machen sehr viele Beratungen, sehr viele Verweisberatungen und schaffen das auch gut, dass die Menschen sich quasi selbst helfen wollen. Sie suchen sich ihre Referent*innen, die zu ihnen passen, sie suchen sich die Formate, die zu ihrer Schule oder zu ihrem Klientel passen und gehen dort ins Feld. Davon krieg[en] aber [...] verschwörungsnähe Menschen nichts mit, weil [...] veröffentliche ich es, dann bin ich als Schule für Eltern, die das gar nicht schlimm finden, natürlich auch wieder voll auf dem Kieker. Deswegen haben wir keine Schule ohne Rassismus für Courage. Wir haben zwar immer wieder Schulen, die sich auf den Weg machen, aber manche Schulen durchlaufen das ganze Prozedere und hängen sich dann die Plakette nicht ans Haus, weil sie sagen: ‚Dann wird ja unsere Schule eventuell Angriffen ausgesetzt.‘“ (BL23_TH3_49)*

Es bestehen Unsicherheiten im Umgang mit dem autoritär-rebellischen Protestgeschehen

Aus Thüringen melden überdurchschnittliche 43% (10 von 23) der von Mischszenen-Aktivitäten in ihren Förderregionen betroffenen Koordinator*innen „besondere Unsicherheiten bei der Adressierung von Mischszenen“ zurück.⁶⁵ Hinweise auf mögliche weitere Schwierigkeiten neben den skizzierten herausfordernden Rahmenbedingungen liefern in den Interviews insbesondere die unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich der Frage, wer Adressat*in von Dialogformaten sein könne und wer nicht, beziehungsweise, wo die Grenze zwischen demokratiedistanzierten, aber noch erreichbaren Personen einerseits und gefestigt demokratiefeindlichen Personen andererseits verlaufe (siehe unten).

Handlungsweisen:

Die Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie lassen sich allgemein auf einem Spektrum anordnen zwischen Projekten, welche die „Aneignung der Demokratie“ als Lebens- und Regierungsform fördern sollen und Projekten, welche die „Abwehr antidemokratischer Gefährdungen“ zum Ziel haben:

*„Dabei umfasst der Begriff der Abwehr [...] zweierlei: zum einen die stressorientierte Ausrichtung auf den Umgang mit noch nicht manifest antidemokratisch positionierten Einstellungsmustern, Tendenzen oder Akteur*innen, die vor allem in der Stärkung von individuellen, kollektiv-kulturellen oder auch strukturellen Widerstandskräften im demokratisch-weltoffenen Spektrum münden; zum anderen einer störungszentrierten Auseinandersetzung mit offenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen und Gruppierungen“⁶⁶*

⁶⁵ Vgl. Tabelle 23.

⁶⁶ Vgl. ISS 2022, S. 8f.

Die Projekte und Strategien gegen das Protestgeschehen der Mischszenen, von denen die Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie in Thüringen berichten, zielen größtenteils auf die „Aneignung von Demokratie“ und den „Umgang mit noch nicht manifest antidemokratisch positionierten Einstellungsmustern“. Diese Ausrichtung trägt den beschriebenen Herausforderungen durch die Normalisierung und Akzeptanz demokratiedistanzierter bis -feindlicher Standpunkte in der Bevölkerung und teilweise auch in den kommunalen Verwaltungen Rechnung. Sie zielt darauf, sich zum einen nicht Anfeindungen auszusetzen und zum anderen auch demokratiedistanzierte Personen anzusprechen.

Die interviewten Koordinator*innen berichten von Aufklärungsformaten für junge Menschen, Eltern und Multiplikator*innen mit einer neuen Schwerpunktsetzung im Bereich Verschwörungserzählungen

Angesichts der Virulenz von Verschwörungserzählungen in ihren Förderregionen haben einige Koordinator*innen diese als einen neuen Schwerpunkt der von ihrer Partnerschaft unterstützten Aufklärungsformate gewählt. Dabei ginge es sowohl um die Informationsweitergabe hinsichtlich des Phänomens selbst aber auch um die Vermittlung sozialpädagogischer Reaktionsmöglichkeiten. Dies sei *„ein wichtiges Thema, wo wir auch Bedarfe sehen, also wo auch immer wieder Leute kommen und sagen: ‚Mensch, ich habe da jemanden und der ist so verblendet. Wie komme ich denn an den ran? Was kann man denn da machen so?‘“* (BL23_TH6_47). Aufgrund der wahrgenommenen Überforderung von Eltern und Multiplikator*innen werde ein systemischer Ansatz gewählt, der neben Jugendlichen auch diese Gruppen miteinbezieht:

„Und es ist für uns ein wichtiger Punkt [...] auch zu schauen, was passiert [...] im familiären Umfeld, im schulischen Umfeld, im Umfeld von Einrichtungen. Und da werden diese verschiedenen Versatzstücke, die eine Rolle spielen, kontinuierlich bearbeitet. Das fängt an bei Workshops zu sozialen Medien [...] mit jüngeren Menschen hauptsächlich, zum Teil auch in Richtung Elternarbeit [...]. Führt das, was die Eltern zuhause erzählen, zu Konflikten im schulischen Umfeld, im Umfeld von Einrichtungen oder im öffentlichen Raum? [...] Da sind wir auch jetzt seit Corona ganz intensiv damit beschäftigt, sowohl betroffene, also jüngere Menschen und deren Familien, einschließlich Eltern, und auch pädagogisches Personal oder Mitarbeitende in Einrichtungen zu schulen, dass sie da auch drauf achten müssen, dass es auch wichtig ist, [...] [die, Anm. d. Verf.] Übernahme einer Verschwörungsideologie [...] erst mal zu erkennen. Es ist festzustellen, dass viele Amts- und Funktionsträger und Fachkräfte da auch gar keine Differenzierung mehr treffen können, dass die das völlig überfordert. Gleichzeitig aber dann auch mit den Eltern darüber zu reden, was ist denn eigentlich der Rahmen [...] und wäre denn eure Aufgabe.“ (BL23_TH5_37)

Bei diesen Aktivitäten seien die Akteur*innen allerdings teilweise konfrontiert mit Skepsis und Anfeindungen u.a. durch die Eltern. Über ein Workshop-Programm zum Thema *„Wie gehe ich [...] mit rechtsoffenen Jugendlichen um?“* wird berichtet:

„Also wenn wir da mit [...] Angeboten in die Schule kommen [...] und die Eltern kriegen davon Wind, da gibt es immer Eltern, die sich [...] beschweren: ‚Was kommen die da mit ihrem Staats... Also jetzt impft man [...] die Leute dazu, dass sie [...] systemkonform sich entwickeln [...].‘ Das wird dann alles schnell diskreditiert.“ (BL23_TH6_45)

Es werde das Gespräch gesucht mit demokratiedistanzierten, aber noch nicht demokratiefeindlichen Personen

In mehreren Interviews wird von Bemühungen berichtet, den Dialog mit demokratiedistanzierten, aber noch nicht gefestigt demokratiefeindlichen Personen keinesfalls abbrechen zu lassen, sondern gezielt und proaktiv zu fördern. Ihr weiteres Abdriften soll verhindert werden. Eindringlich beschwört ein*e Koordinator*in die Notwendigkeit dieser Arbeit:

„Und ich versuche auch jedes Mal wieder mit den Menschen am Montagabend [am Rande der ‚Montagsspaziergänge‘, Anm. d. Verf.] ins Gespräch zu kommen und zu fragen: ‚Wie könnt ihr eure Kinder einem XXX [rechtsextremer Politiker, Anm. d. Verf.] hinterherlaufen lassen?‘ Also man ist da immer super im Konflikt. [...] Das ist ganz wichtig. [...] Wir müssen das. Wir müssen das. Wir verlieren sonst die Menschen, weil wenn wir mit denen nicht reden, dann werden die ganz schnell steif, bockig oder sind auch nicht mehr gewillt zu kommunizieren. Also wir müssen auf die Menschen zugehen und das ist auch das, was wir die ganze Zeit immer wieder machen.“ (BL23_TH1_34-38)

Die von den Interviewten genutzten Dialogformate reichen von der Ansprache am Rande von Mischszenen-Demonstrationen bis hin zu (gut moderierten) Podiumsdiskussionen mit Vertreter*innen unterschiedlicher politischer Lager:

„Wir haben [...] auch mal einen AfD-Vertreter eingeladen und wollten [...] mit dem und [...] einem kontroversen Pendant dazu ins Gespräch kommen, warum bestimmte Meinungen entstehen. [...] Das hat ganz, ganz toll funktioniert. [...] Das braucht aber seine Zeit. Also das war ein Format, das war so ein Gesprächsmodul, das lief über sieben [Termine, Anm. d. Verf.], [...] regelmäßig jede Woche. Und wir konnten ganz toll beobachten, wie die Menschen neugieriger wurden und wie mit jedem Abend mehr Menschen gekommen sind [...]. Der Moderator war natürlich auch sehr, sehr gut vorbereitet auf bestimmte Argumentationen. Und damit war es halt gerade nicht Normalität [...].“ (BL23_TH1_138-146)

Ein*e andere Koordinator*in äußert allerdings Zweifel an solchen Formaten und betont die Notwendigkeit, Grenzen zu setzen, über die hinweg kein freier Austausch gleichberechtigter Meinungen möglich sei. Allerdings sei diese Grenzziehung ein schwieriger, unabschließbarer Prozess:

*„Was wir [...] nicht machen ist, nach zaghafte Versuchen, so diese Diskussionsrunden zu machen, hier redet mal jeder mit jedem und wir hoffen darauf, dass es hinterher besser wird. Sondern klare Linie ist [...] Haltungen oder Personen kein Forum zu geben. Und was wir auch nicht machen ist, [...] davon auszugehen, dass das in der Summe [...] die berühmte Mischszene [...] akzeptable Gesprächspartner*innen sind, die für uns Bedeutung sind in der Hinsicht, dass man sich mit ihnen zwingend auf Augenhöhe treffen muss. Das ist jetzt ein bisschen schwer zu beschreiben, weil es jetzt nicht um die Personen geht, sondern um den Zusammenhang, der da produziert und hergestellt wird. Einzelne Personen begegnen ja einem ja auch im Kreistag oder in den Ausschüssen oder in, hatte ich ja angedeutet, bestimmten anderen Zusammenhängen oder wohnen in der Nähe. Das läuft noch mal anders. Das heißt also, die rote Linie muss die PfD ständig neu erzeugen und sich da auch finden und das ist auch Teil der Arbeit.“ (BL23_TH5_37)*

Gemeinschaftsstiftende Aktivitäten sollen Polarisierungen vorbeugen

Aufgrund der Befürchtung, dass explizit pro-demokratische Projekte oder solche, die Demokratiefeindlichkeit thematisieren, von Teilen der Bevölkerung nicht angenommen werden würden, müssten Wege gefunden werden, die Themen indirekt über gemeinschaftsstiftende und Polarisierungen vorbeugende Aktivitäten zu bearbeiten.

„Also wenn wir ein Projekt für Demokratie machen, kommen nicht die, die nicht für Demokratie sind. Es sei denn, wir bieten an, wir machen ein Spaßprojekt und unterstützen die Jugendlichen beim Backhaustraditionsfest, wo dann alle zusammenkommen. Dann ist es okay. Dann stehen wir aber auch nicht im Fokus, das ist jetzt ein Demokratieprojekt, sondern wir haben es über die Jugendbeteiligung, wir haben es entwickelt, so was machen wir. Also niedrigschwellig. Nicht so, wir sind jetzt die ‚Für‘, weil dann hast du immer auch: Wir sind jetzt die ‚Gegen‘. Das versuche ich weitgehend zu vermeiden. Dadurch sind wir auch nicht ganz so direkt in dem Kreuzfeuer.“ (BL23_TH4_33)

Entsprechend der grundlegenden Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie auf die „Schaffung von Orten des respektvollen Miteinanders, konstruktiven Dialogs und Debattierens zur Auseinandersetzung mit programmrelevanten Inhalten“, wie es in den *Grundsätzen der Förderung* heißt,⁶⁷ wird von den Interviewten auch aktuell stark auf solche gemeinschaftsbildenden Formate gesetzt.

Es werde für die Präsenz rechtsextremer Strukturen sensibilisiert, direkte Gegenaktivitäten unterstützt und die Ziele der Partnerschaft in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht

Neben Aufklärungsarbeit und der Stärkung von Dialog und Zusammenhalt werde die Öffentlichkeit für die Gefahren des Rechtsextremismus sensibilisiert, indem der Diskurs über dessen Präsenz in den Förderregionen forciert wird.

„Letztendlich ist [die Situation, Anm. d. Verf.] auch dem geschuldet, dass dieses ganze Thema [Rechtsextremismus, Anm. d. Verf.] ja hier auch über Jahrzehnte einfach kleingeredet worden ist. [...] Das ist immer versucht worden, unter den Tisch zu kehren, so nach dem Motto ‚bloß jetzt hier keinen schlechten Ruf [...] für die Region erzeugen. [...] [Ein Ziel der Partnerschaft ist es, Anm. d. Verf.] [...] ein Stück weit mehr Sensibilität erzeugen. Und ich glaube wahrzunehmen, dass bei vielen Entscheidungsträgern wirklich jetzt so die Alarmglocken klingeln, weil jetzt tatsächlich ein Punkt erreicht ist, wo sie da jetzt wirklich nicht mehr weggucken können. Und vielleicht, ist ein bisschen die Hoffnung, bewegt sich dann etwas und auch die Gesellschaft wacht dann vielleicht doch noch mal auf, diese, wo immer gesagt wird, die schweigende Mehrheit, die da im Hintergrund ist. Und vielleicht passiert da im Vorfeld der Wahlen jetzt noch ein bisschen etwas.“ (BL23_TH6_43)

Teilweise würden auch Bürger*innenbündnisse gegen rechtsextreme Aktivitäten unterstützt und mehrere Koordinator*innen berichten von einem offensiven Auftreten ihrer Partnerschaft in der Öffentlichkeit.

„Wir haben lange diskutiert, gerade als das losging mit den [Montags-, Anm. d. Verf.] Demonstrationen [...]. Und wir haben dann [...] eine Erklärung abgegeben,

⁶⁷ Vgl. Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
Stand: 01.01.2024 https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/231031_Grundsaeetze_der_Foerderung_Kommune.pdf (Letzter Zugriff: 07.12.2023).

[...] hinsichtlich der damals postulierten Abschaffung der Grundrechte und haben uns da als Partnerschaft klar positioniert. Haben dann auch Gegendemonstrationen unterstützt, vor allem organisatorisch, von den jungen Leuten oder haben halt auch mit dieser Kerzenaktion [für die Opfer der Pandemie, Anm. d. Verf.] auch eigene Akzente gesetzt.“ (BL23_TH6_27)

Eigene Aussagen im Zeichen der Menschenrechte würden als Gegengewicht zu demokratie- und menschenfeindlichen Positionen und als positive Alternative platziert, was auch Möglichkeiten des Zusammenschlusses mit anderen Akteur*innen generieren könne.

„Bei uns in der Pfd wurde nach den Erfahrungen auch mit diesen ganzen frühen Mischszenen, 2017/2018, auf den Weg gebracht, Grundlagenarbeit zu machen. Also die Gegenrede, die wir hier ganz stringent verfolgen, funktioniert anders. Es wurde zum Beispiel das Thema Kinderrechte in den Mittelpunkt gerückt, neben anderen Schwerpunktthemen, um dieses Thema Menschenrechte auf einer Ebene ins Gespräch zu bringen, eigenständig auch zu thematisieren, nicht davon abhängig, was denn nun irgendwelche Leute da Seltsames, Krudes und Verschwörerisches verkünden. [...] Und da konnten sich auch soziale Einrichtungen anschließen, die das mit propagieren, mitgestalten und mitführen, erst mal überhaupt einen Kontrapunkt zu bieten, der nur von uns kommt, also wo wir nicht auf Gegenrede setzen, sondern unsere Statements als erstes haben und dann müssen sich die anderen abrackern und da mal etwas finden, was sie daran jetzt blöd finden. Das funktioniert nicht schlecht.“ (BL23_TH5_27)

3.1.3 Medienanalyse: Stadt in Thüringen

Die zur Analyse des social media-Auftritts der lokalen Mischszenen ausgewählte Großstadt in Thüringen weist bereits seit Mai 2020 ein hohes Protestaufkommen auf, mit stark schwankenden Teilnehmer*innenzahlen (zunächst 700-1000, im Zuge des von Akteur*innen des Protestgeschehens so genannten „heißen Herbstes“ 2022 bis zu 10.000). Bezüglich ihrer Aktionsformen ist im Zeitverlauf ein Trend weg von großangelegten Demonstrationen hin zu „Montagsspaziergängen“ und -demonstrationen zu verzeichnen, wobei diese mit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und den folgenden Preissteigerungen unter maßgeblicher Teilnahme von rechtsextremen Akteur*innen wieder starken Zulauf fanden. Auf Telegram zeigt sich die lokale autoritär-rebellische Mischszene stark eingebunden in landesweite Bündnisse. Entsprechende Plattformen, die zu Protesten in der Stadt aufrufen, bieten eine im Vergleich zu dem Standort in Baden-Württemberg (siehe Kapitel 3.2.3) größere Bandbreite an Verschwörungsnarrativen an. Eine Gruppe gibt auf ihrer Website an, unabhängig von Parteien basisdemokratische Praxis und Werte unterstützen zu wollen. Antidemokratische Bestrebungen werden hier zunächst nicht direkt sichtbar, lassen sich jedoch durch das von den vermeintlich basisdemokratischen Forderungen evozierte Bedrohungsszenario erahnen – eine drohende Fremdbestimmung durch den „WHO-Pandemievertrag“, die Forderung nach „neutraler Berichterstattung“, oder die Notwendigkeit einer „Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen“ stehen in einer Reihe mit Forderungen nach bezahlbaren Lebenserhaltungskosten und Frieden. Auf der Website eines im Zuge des Ukrainekriegs gegründeten lokalen Vereins, der wiederholt zu Demonstrationen in der Stadt aufrief, und dessen selbstbeschriebener Zweck u.a. die „Bewahrung und Förderung mitteleuropäischen Brauchtums“ ist, fordert eine „Auflösung des Parteienkartells“ und den Austritt Deutschlands aus internationalen Bündnissen wie NATO oder EU. Der Verein wird in der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung als „rechtsgerichtet“ beschrieben. Die Corona-Pandemie ist in dieser Stadt als

Schwerpunkt des Protestgeschehens hinter andere Themen wie Migration, Krieg und Inflation zurückgetreten.

Relative Deprivation: Während die Angst vor den Konsequenzen bereits vorhandener Armut in den Telegramkanälen nicht sehr akzentuiert wird, tauchen Themenkomplexe wie „Enteignung“, die (gezielte) „Zerstörung des Mittelstandes“ und die als ungerecht erlebte Zahlung von Sozialleistungen an geflüchtete Menschen häufig auf. Mitunter werden auch Ängste vor Armut in Form von Unmutsäußerungen erkennbar:

„Warum ist das Geld am Ende des Monats trotzdem alle?“ (Telegram-Post bezüglich Berichterstattungen zum Sinken der Inflationsrate, 31.10.23)

Diese gehen meist mit der Vorstellung einher, dass man mehr leiste als andere und dafür nicht angemessen anerkannt oder entlohnt werde:

„Darunter leiden vor allem die Menschen des Mittelstandes und die, die im Steuersystem noch Steuern generieren.“ (ebd.)

Ängste vor den unmittelbaren Folgen von absoluter Armut erscheinen dabei auf eine unbestimmte Zukunft gerichtet zu sein und finden ihren Ausdruck unter anderem in Katastrophen herbeiredenden Ableitungen:

„Erst gehen Industrie und Mittelstand in die Knie, dann folgen die Sozialsysteme mit den Folgen Hunger und Chaos.“ (Telegram-Post zur Sprengung der Nordstream-2 Pipeline, 15.08.23)

Schwindende „Selbstbestimmung“: Im Zuge des Krieges in der Ukraine zeigt sich eine feindliche Haltung gegenüber der NATO und eine tendenziell prorussische Einstellung. Die Schuld für den Konflikt wird fast ausschließlich den NATO-Staaten, insbesondere aber den USA zugeschrieben. Dabei wird die Bundesregierung als Interessenvertretung der USA dargestellt, häufig in Verbindung mit Andeutungen, dass Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges keine Souveränität habe. Ängste bezüglich eines direkten militärischen Eingreifens in den Ukraine-Krieg, die das eigene Umfeld betreffen könnten, gehen dabei oft mit Ängsten vor einer Eskalation des Krieges einher:

„Heute Panzer, morgen Kampffjets und übermorgen unsere Kinder und Väter.“ (Weitergeleiteter digitaler Flyer zu einer Demonstration des „Bündnis Ramstein Schliessen“, 23.02.23)

Eine Angst vor Fremdbestimmung, die sich hauptsächlich im Gestus wehrhafter Selbstbehauptung äußert, ist die Grundhaltung, die themen- und gruppenübergreifend die Kommunikation einschlägiger Social-Media-Kanäle bestimmt. In vielen Aufrufen zu Montagsdemonstrationen findet sich die Losung „Für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung“ meist ohne inhaltliche Spezifizierung. Die oftmals beschworene Wehrhaftigkeit gegen ein zunehmend generalisiertes und auf globale Figuren wie die NATO projiziertes Fremdbestimmungsempfinden, wertet dabei die Anhänger*innen einschlägiger Gruppierungen relativ zu den Menschen die „zuschauen“ auf:

„Die Menschen schauen zu – wir nicht!!! [...] Wir bleiben die bürgerliche Mitte, klardenkende Menschen, heimatverbunden und traditionell gegen den täglichen Wahnsinn dieser Zeit.“ (Telegram-Post zur Sprengung der Nordstream-2 Pipeline, 15.08.23)

3.2 Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist mit den „Querdenken“-Demonstrationen in Stuttgart ab April 2020 einer der Ausgangspunkte des späteren Protestgeschehens autoritär-rebellischer Mischszenen gewesen. Nach der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen sind die Proteste hinsichtlich der Teilnehmendenzahlen hier allerdings wieder stark zurückgegangen. Die Politisierung und Radikalisierung, die in den vergangenen Jahren im Rahmen des Protestgeschehens stattgefunden habe, wirke, so die Einschätzung interviewter Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie, latent aber fort.

3.2.1 Entwicklung und Struktur des Protestgeschehens der autoritär-rebellischen Mischszenen in Baden-Württemberg

Wesentlich für die Beschreibung der Entwicklung und Struktur des Protestgeschehens der Mischszenen in Baden-Württemberg ist die anfängliche Stärke und dann der Rückgang der Proteste nach der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen. Sowohl die Monitoringdaten als auch die Aussagen der Koordinator*innen der fünf ausgewählten Förderregionen dokumentieren, dass das Protestgeschehen hier zu maßgeblichen Teilen von Angehörigen esoterisch-anthroposophischer und linksalternativer Milieus getragen wurde.

In den Interviews wird berichtet, dass sich das Themenfeld der autoritär-rebellischen Mischszenen in den Förderregionen mit der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen zwar erweitert habe. Zugleich sei es aber zu einem wesentlichen Rückgang des Protestgeschehens gekommen

Die individuelle Entscheidungsfreiheit, sowohl in Bezug auf das Impfen als auch in Bezug auf die Kontaktbeschränkungen, wiederholt sich in den Interviews als zentrales Motiv des Protestes gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Baden-Württemberg.

„Also [...] die Rufe [...] waren ja immer nach der individuellen Freiheit und dass sie gerne ihre Rechte behalten wollen und nicht eingeschränkt werden. Und ich glaube, da konnten sich halt sehr viele Menschen einfach identifizieren mit, die vielleicht davor überhaupt nicht politisch waren und das auch erst mal gar nicht als politisch gesehen haben. Haben sich aber während der ersten Lockdowns sozusagen dann auch eingeschränkt gefühlt, vielleicht auch natürlich darunter gelitten [...]. Also ich denke mal, so diese Freiheitsgedanken, ich lasse mich nicht einschränken, ich glaube, das war eigentlich von Anfang an was sich durchgezogen hat und eigentlich auch die ganze Zeit ja immer noch weiter durchgezogen hat, ja.“
(BL23_BW5_45)

Wie die befragten Koordinator*innen in Thüringen berichten auch die Interviewpartner*innen aus Baden-Württemberg von einer Erweiterung des Themenfeldes im Protestgeschehen der Mischszenen in ihren Förderregionen nach der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen. Die Baden-Württemberger*innen berichten allerdings zugleich von einem deutlichen Rückgang der Teilnehmendenzahl an den Demonstrationen bei ihnen vor Ort. Dass das Protestgeschehen sich in den betrachteten Förderregionen in Baden-Württemberg auf die Einschränkungen durch die Corona-Schutzmaßnahmen fokussiert hat und andere Themen eine deutlich geringere Rolle spielen, zeigen auch die Daten des Monitorings. Insbesondere das fremdenfeindlich getönte Protestmotiv „wahrgenommene kulturelle ‚Überfremdung‘“ wird von im Bun-

desvergleich unterdurchschnittlich wenigen Koordinator*innen aus Baden-Württemberg wahrgenommen. Zusammen mit Schleswig-Holstein liegt der Wert hier unter allen Bundesländern am niedrigsten (14 %, 3 von 22).⁶⁸

Auffallend ist in den Interviews die wiederholte Benennung einer starken Beteiligung von Demonstrierenden aus alternativen und esoterisch-anthroposophischen Milieus am Protestgeschehen in Baden-Württemberg

Eine Besonderheit des Protestgeschehens der autoritär-rebellischen Mischszenen in Baden-Württemberg stellt die maßgebliche Teilnahme von Personen aus linksalternativen und esoterisch-anthroposophischen Milieus dar, die sich zusammen mit rechtsextremen Akteur*innen im Protest gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auf die Straße begeben haben. Dieser Befund findet sich sowohl in der Forschungsliteratur⁶⁹ als auch in den Daten des Monitorings. Über drei Viertel der baden-württembergischen Koordinator*innen, in deren Förderregionen Mischszenen aktiv sind, beobachten die Teilnahme von Akteur*innen aus esoterischen oder anthroposophisch geprägten Milieus (77 %, 17 von 22). Dies ist gemeinsam mit Hessen der höchste Wert unter den Bundesländern. In Thüringen werden solche Szenen dagegen nur in deutlich unter der Hälfte (43 %, 10 von 23) der Förderregionen wahrgenommen.⁷⁰ Auch in den Interviews mit den Koordinator*innen spiegelt sich diese Spezifik wider.

„Und, was man [...] in XXX [Ortsname, Anm. d. Verf.] auch sehr stark gesehen hat, ist, dass sich diese Szene durchaus auch gemischt hat mit esoterischen Strömungen, die dieses Impfgegnerspektrum abgedeckt haben, und ebenso auch mit, aber eher Einzelpersonen, aus der linken Szene.“ (BL23_BW2_13)

Explizit sich als ‚links‘ verstehende Akteur*innen werden in den Mischszenen nur von Koordinator*innen aus 14 % (3 von 23) der Baden-Württemberger Förderregionen mit Mischszenen-Aktivitäten wahrgenommen. In den Interviews wird aber deutlich, dass lebensreformerisch-alternative Milieus stark an dem Protestgeschehen beteiligt sind. Die Heterogenität der Bürger*innen, die dort zusammenfinden, wird von den Interviewten eindrücklich dargestellt. Die Rolle rechtsextremer Akteur*innen rückt dabei in den Interviews in den Hintergrund, während die maßgebliche Beteiligung alternativ oder esoterisch-anthroposophisch orientierter Personen hervorgehoben werden: Fahnen des Deutschen Reiches würden auf Mischszenen-Veranstaltung geschwenkt, aber nicht in erster Linie, sondern stattdessen Regenbogenfahnen:

„Ich kann sagen, dass keine großen rechtsextremen Kundgebungen stattfinden, bei diesen Montagsspaziergängen auch in erster Linie nicht reichsfarbene Fahnen gehisst oder geschwenkt werden, sondern tatsächlich eher queer- oder bunte Fahnen. Also es ist eher die Alternativszene. Ist ja hier im ländlichen Raum, auch gerade in XXX [Name einer Region in Baden-Württemberg, Anm. d. Verf.], wir haben ja einen großen Anteil Richtung wirklich Natur, bäuerlich, sehr naturverbunden, eher auf diesem anthroposophisch-esoterischen naturheilkundlichen Wegen unterwegs.“ (BL23_BW3_23)

Vorstellungen der Selbstfürsorge über eine Rückkehr zur Natur und ein in dem esoterischen Diskurs nahestehender Impf- und Medizinskeptizismus, der bereits vor der Pandemie für viele

68 Vgl. Tabelle 19.

69 Vgl. Frei/Nachtwey 2022; Pöhlmann 2022; Teidelbaum 2021.

70 Vgl. Tabelle 18. Eine Ausnahme bilden die Stadtstaaten mit sehr geringen Fallzahlen.

Personen anschlussfähig war,⁷¹ kollidieren mit den Maßnahmen der Regierung zum Schutz gegen Corona. Die alternative Szene der Esoteriker*innen und Anthroposoph*innen sei in Baden-Württemberg stark ausgeprägt.⁷²

„Aber wir haben ja eben auch in Baden-Württemberg eine stark esoterische Szene. Und gerade bei uns oder hier gab es auch sehr stark eben eine Kooperation mit extremistischeren Strömungen von Seiten der esoterischen Szene.“ (BL23_BW2_45)

Ideologische Anknüpfungspunkte zwischen Rechtsextremen und Esoteriker*innen lassen sich an mehreren Stellen identifizieren.⁷³ Insbesondere in Bezug auf Verschwörungsgläubigkeit und einer ablehnenden Haltung gegenüber Politik und Wissenschaft finden sich Gemeinsamkeiten, die während der Pandemie diese beiden Szenen im Protest zusammengebracht haben.

Akteur*innen der Querdenken-Bewegung würden laut den Interviewten mit Rechtsextremen kooperieren und durch Anfeindungen und Störaktionen auffallen

Für das Protestgeschehen der Mischszenen in Baden-Württemberg ist die Initiative Querdenken wesentlich. Ihre Anhänger*innen würden, so wird berichtet, das Protestgeschehen gemeinsam mit Rechtsextremen tragen.

„Also die Szene hat sich zusammengesetzt aus rechtsextremistischen Strömungen, dann dieser so genannten Querdenken-Bewegung, die eben eher so nicht eindeutig zuordenbar, die aber durchaus in XXX [Name einer Gemeinde in Baden-Württemberg, Anm. d. Verf.] sympathisiert hat mit den rechtsextremen Strömungen beziehungsweise eine ganz deutliche Duldung da war, dass diese Menschen auch ein Recht haben, an den Demonstrationen teilzunehmen.“ (BL23_BW2_13)

Doch nicht nur werden rechtsextreme Akteur*innen von Seiten der Querdenker*innen geduldet, sondern diese treten auch selbst durch grenzüberschreitende Aktionen auf. Besonders in einem Interview mit einer Koordinations- und Fachstelle eines Flächenlandkreises werden Anfeindungen, Bedrohungen und die Störung von Gemeinderatssitzungen durch Querdenker*innen geschildert:

„Die Querdenkerproblematik gab es schon kreisweit. Es scheint in letzter Zeit etwas besser geworden zu sein, aber während der Pandemie war es massiv, und zwar sowohl im ländlichen Bereich als auch im städtischen. Also selbst in kleinen Kommunen gab es sehr, sehr garstige Querdenker zum Teil. Und in XXX [Name einer Region in Baden-Württemberg, Anm. d. Verf.] ist beispielsweise auch mal eine Gemeinderatssitzung beendet worden [...]. Na, die sind ja halt in die Gemeinderatssitzung gestürmt. Also das haben sie in manchen Orten gemacht im Kreis, aber im einen dann halt so massiv dringeblichen, dass die ganze Sitzung beendet werden musste.“ (BL23_BW4_19-21)

Solche Aktionen würden eine Radikalisierung anzeigen, die innerhalb der Querdenken-Bewegung stattgefunden habe, und die – so die Einschätzung interviewter Koordinator*innen – nachhaltige Folgen haben werde.

71 Vgl. Frei/Nachtwey 2022, S. 32; Teidelbaum 2021, S. 42.

72 Vgl. Frei/Nachtwey 2022, S. 33; Barz 2021.

73 Vgl. Teidelbaum 2021, S. 42f.

Die interviewten Koordinator*innen geben trotz des Rückgangs des Protestgeschehens keine Entwarnung, sondern gehen eher davon aus, dass eine nachhaltige Radikalisierung von Personen stattgefunden habe

Die interviewten Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie in Baden-Württemberg sehen im Ausmaß des Protestgeschehens der Mischszenen und dem Erfolg der Querdenken-Bewegung eine Veränderung in der politischen und zivilgesellschaftlichen Landschaft, die mittel- und langfristig demokratische Strukturen in den Regionen gefährden würde:

„Ja, also ich glaube, das ist halt so ein bisschen die zweite Gefahr an dem Ganzen, dass jetzt halt viele Personen, die davor sich noch nie irgendwie mit Politik oder Gesellschaftsthemen beschäftigt haben, jetzt doch in so eine Gruppe reingekommen sind, also wo sie vielleicht auch nicht mehr so schnell rauskommen. Und da dann halt Kontakte plötzlich haben mit, [...] Reichsbürgern oder ja, also in die Verschwörungen so eingetaucht sind, dass sie da gar nicht mehr so einfach rausfinden. Und ja, da wird es dann halt gefährlich auch in dem Sinne, wenn es dann auch um andere Verschwörungen geht, wie antisemitische Erzählungen, rassistische Erzählungen und so weiter, bis hin dann zu Gewalt, was [...] es ja leider schon öfter gab.“ (BL23_BW5_77)

Nicht nur das bereits beschriebene Driften, die Duldung rechtsextremer Akteur*innen im gemeinsamen Protest und die Übernahme von Verschwörungserzählungen, sondern auch die Politisierung zuvor unpolitischer Personen in einem radikalen Umfeld wird als Problem mit nachhaltigen Folgen wahrgenommen.

„Also in der Pandemie hat auf jeden Fall eine Radikalisierung stattgefunden. Die schwächt jetzt wieder ein bisschen ab, aber sie ist immer noch da. Sie ist immer noch auf einem deutlich höheren Niveau als es vor der Pandemie war.“ (BL23_BW4_81)

„Also wir haben diese Mischszenen bei uns im Fördergebiet. Die sind nicht mehr so sichtbar, wie sie erst vor eineinhalb oder einem Jahr noch waren. Aber deswegen sind die Menschen mit diesen Gedanken nicht weg und wir müssen da weiterhin uns Möglichkeiten überlegen, wie wir die Menschen ansprechen und wie wir die zurück irgendwie ins Team Demokratie holen können, wäre so meine Zusammenfassung.“ (BL23_BW1_129)

Von den Koordinator*innen wird weiterhin eine latente Gefahr durch die stattgefundene Radikalisierung gesehen. Mit dem Rückgang des Protestgeschehens sei bei seinen Unterstützer*innen meist keine Einsicht und kritische Reflexion ihrer Fehleinschätzungen einhergegangen.

„Aber diese Angst vor Bedrohung und Beleidigung, das war sicherlich ein größeres Thema während der Pandemie und das kann natürlich auch wiederkommen, weil die Ursachen sind ja nicht beseitigt. Das ist ja jetzt nur, jetzt tun sich die Leute teilweise wieder auch mehr ihr Leben genießen, statt sich politisch so reinzusteigern. Aber daran geändert worden ist ja grundsätzlich nichts. Also ich habe es jetzt nicht erlebt, dass Leute gesagt haben, die waren mal Querdenker und das war ein Fehler. Das ist ja eher so, ich engagiere mich halt gerade nicht so.“ (BL23_BW4_97)

Das zurückgegangene Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen in den betrachteten Förderregionen Baden-Württembergs wird nicht als beendet, sondern als reaktivierbar beurteilt.

3.2.2 Reaktionen in Baden-Württemberg auf das Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen

Nachdem das Protestgeschehen der Mischszenen in den ausgewählten Förderregionen Baden-Württembergs in seiner Entwicklung und Struktur dargestellt worden ist, wird in diesem Kapitel auf die Reaktionen von Seiten der Kommunalverwaltungen und der Zivilgesellschaft eingegangen. Anschließend wird die Vorgehensweise gegen die Mischszenen im Rahmen der Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie in den Fokus genommen.

3.2.2.1 Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft

Für Baden-Württemberg zeigt sich in Bezug auf die Reaktionen aus den Kommunalverwaltungen und der Zivilgesellschaft auf das Protestgeschehen der autoritär-rebellischen Mischszenen in den Interviews ein heterogenes Bild. Im Gegensatz zu Thüringen lassen sich hier weniger zusammenfassende Konklusionen ziehen, die sich als charakteristisch für das Bundesland definieren lassen. In den verschiedenen Förderregionen wird die Problemlage unterschiedlich gehandhabt.

In den Interviews entsteht ein Bild der Reaktionen von Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltungen auf einem weiten Spektrum zwischen Gegenprotest und Dialogsuche

Mancherorts wurden Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltungen von dem neuen Phänomen überrascht und es konnten sich noch keine bewährten Handlungsrouninen und Gegenstrukturen etablieren. Anders sieht es in einer Stadt aus, in welcher es eine starke rechtsextreme Szene gibt und wo in der Vergangenheit bereits Erfahrungen mit Mischszenen im Rahmen der Pegida-Bewegung gesammelt worden sind:

*„Bei den Protesten, die angefangen haben mit Pegida, [...] gab es eben auch zum Beispiel durch das Netzwerk XXX [Name eines Netzwerks gegen Rechtsextremismus, Anm. d. Verf.] [...] organisierten Gegenprotest. Und auch in den Corona-Zeiten wurden die auch von [...] den Menschen, die vor allem auch im Netzwerk [...] organisiert oder [...] sich engagieren im Netzwerk [...], wurden Gegenveranstaltungen organisiert. [...] Also es gab einen großen Protest, wo wirklich breite Bündnisse viele, viele, viele Akteur*innen, auch zum Beispiel aus der Geflüchtetenhilfe, aus Parteien, aus verschiedenen anderen Gruppierungen sich da eingebracht haben.“ (BL23_BW2_59)*

Mit diesen Erfahrungen im Hintergrund und mit Hilfe des bereits existierenden und engagierten Netzwerks gegen Rechtsextremismus habe auf das Protestgeschehen der neuen Mischszenen mit Gegenprotesten reagiert werden können. Auch die Kommunalverwaltung habe in dieser Förderregion bereits frühzeitig gezielt reagiert:

„Ja, also die Stadt hat am Anfang bei diesen Montagsspaziergängen einige Anstrengungen unternommen, um die ein bisschen in ihre Schranken zu weisen, vor allem eben im harten Lockdown, als durchaus auch der Verdacht aufkam, dass sie eben Kontaktbeschränkungen verletzen. [...] Teilweise gab es dann so Versuche, wie sie aus den wichtigen Plätzen von unserer Stadt zu verdrängen, indem dort andere Veranstaltungen angemeldet wurden. Und wenn man vorher davon Wind bekommen hat, dass die da an bestimmten Tagen etwas planen, hat man dort Märkte veranstaltet oder andere Veranstaltungen gemacht, um [...] sie ein bisschen in die Randgebiete zu verdrängen.“ (BL23_BW2_57)

Auf Veranlassung der Kommunalverwaltung wurde das Protestgeschehen unter Wahrung der Versammlungsfreiheit gelenkt. Sowohl die engagierte Zivilgesellschaft als auch die Kommunalverwaltung haben sich hier gemeinsam und gezielt gegen das Protestgeschehen der Mischszenen gestellt.

In anderen Kommunen in Baden-Württemberg zeige sich hingegen sowohl von Seiten der Zivilgesellschaft als auch von Seiten der Kommunalverwaltungen ein weniger zielgerichtetes Ausloten und Ausprobieren, wie dem Phänomen der Mischszenen zu begegnen sei:

„Es gibt punktuell Gegenprotest, auch auf den Kundgebungen. [...] Also es gibt innerhalb unserer Kreise natürlich viele Diskurse darüber, aber das tatsächliche ‚Okay, was tun wir, um Gegenstimmen dort zu positionieren?‘, sehe ich zu wenig. [...] Da bräuchte es vielleicht auch von Verwaltungsseite [...] nicht das Verhindernde, Unterdrückende, sondern den Gegenprotest in der Form, dass wir dagegenreden und miteinander dann wiederum uns auseinandersetzen.“
(BL23_BW3_67)

Während mancherorts die Problemlage von der Kommunalverwaltung nicht adressiert, sondern ignoriert werde, werde andernorts von Seiten der Verwaltungsspitzen versucht, in Dialog mit den Protestierenden zu treten:

„Wir haben mit XXX [Name einer Gemeinde in Baden-Württemberg, Anm. d. Verf.] unsere zweitgrößte Kommune, da gibt es auch viel mit Querdenkern. XXX hat aber eine Strategie gefahren, das zu ignorieren, deshalb ist da relativ wenig Info für mich da, an der ich mich festhalten kann.“ (BL23_BW4_25)

„Der Oberbürgermeister [...] hat dann [...] zu diesen Montagsdemonstrationen vor seiner Tür, [auf denen gefordert wurde, Anm. d. Verf.]: ‚Komm raus und rede mit uns!‘ [...] gesagt: ‚Nein, sorry. Also meine Polizei hier rät mir ausdrücklich, nicht zu euch rauszugehen, aus Gründen‘, was ja auch schon etwas aussagt. ‚Aber wir können uns ja gerne im Internet treffen.‘ Und der hat dann solche Facebook-Sprechstunden gemacht. Fand ich eigentlich damals eine gute Sache. So da noch mal dieses wegzuholen von diesen anonymen Eliten, die da über uns entscheiden, hin zu: ‚Hallo, ich bin der Oberbürgermeister, [...] hier könnt ihr mir Fragen stellen.“
(BL23_BW1_109)

Das in den Interviews berichtete Spektrum der Reaktionen von Zivilgesellschaft und Verwaltung auf die autoritär-rebellischen Mischszenen reicht von Ignorieren über die Dialogsuche bis zum Gegenprotest.

3.2.2.2 Partnerschaften für Demokratie

Rahmenbedingungen:

Die fünf interviewten Koordinator*innen aus Baden-Württemberg berichten relativ wenig von wahrgenommenen Einschränkungen der Rahmenbedingungen ihrer Arbeit durch die Aktivitäten der autoritär-rebellischen Mischszenen oder verschwörungstheoretisch-populistischen Stimmungen in ihren Förderregionen. Im Gegenteil: Eine*e Koordinator*in berichtet, dass die Konfrontation mit dem Verhalten der Mischszenen-Akteur*innen die Akzeptanz seitens der Kommunalverwaltung für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie erhöht habe:

„Was Sie vorher Demokratiefeindlichkeit genannt haben oder Demokratiedistanz, da glaube ich, dass wir alle noch damit ringen, da irgendwie einen Umgang damit

zu erarbeiten. [...] Und insgesamt ist es in XXX [Name einer Gemeinde in Baden-Württemberg, Anm. d. Verf.] so, dass wir [...] ein politisches Umfeld haben, also wenn man so an die Verwaltungsspitze denkt und auch große Teile vom Gemeinderat [...], dass das im Moment [...] die Akzeptanz für [die] Partnerschaft für Demokratie pusht [...], weil da eigentlich an den entscheidenden Stellen Menschen sitzen, die das schon sehen, dass das in eine Richtung geht, die man nicht akzeptieren kann.“ (BL23_BW1_49)

Die Konfrontation mit dem Auftreten der Mischszenen führte demnach in diesem Fall zu einer Sensibilisierung in der Kommunalverwaltung für den Problemdruck seitens demokratiedistanzierter bis -feindlicher Akteur*innen und zu einer gestärkten Anerkennung für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie.

Das Protestgeschehen habe sich in Baden-Württemberg nicht in dem Maße veralltäglicht und ritualisiert wie in Thüringen. Aber auch hier stelle sich die Herausforderung, es differenziert zu betrachten und zwischen den verschiedenen Stadien des ‚Driftens‘, demokratiedistanzierten und demokratiefeindlichen Personen zu unterscheiden.

Punktuell tauchen in den Interviews Schilderungen auf, dass Akteur*innen aus dem Kontext der Partnerschaften angefeindet und eingeschüchtert werden würden

Anfeindungen von Personen im direkten Umfeld der Partnerschaften werden nur punktuell berichtet. Beispielsweise habe ein Podcast zum Thema Rechtsextremismus, der in Kooperation mit der lokalen Partnerschaft für Demokratie organisiert worden sei, „massive Anrufe“ und „Drohmails“ aus dem Umfeld der Querdenken-Bewegung nach sich gezogen:

„Wir hatten in XXY [Name einer Gemeinde in Baden-Württemberg, Anm. d. Verf.] eine Veranstaltung zum Thema rechte Strukturen im XYY [Name eines Landkreises in Baden-Württemberg, Anm. d. Verf.] mit zwei engagierten Journalisten von der lokalen Zeitung, die aber auch einen Podcast haben zum Thema Rechtsextremismus. Und da gab es davor massive Aufrufe aus der Querdenken-Szene, diese Veranstaltung zu stoppen und auch Bedrohungsmails.“ (BL23_BW4_37)

Aus einer anderen Förderregion wird zurückgemeldet, dass es zu Hochzeiten des Protestgeschehens zu Verunsicherungen im Jugendforum angesichts der offen gezeigten Aggressivität auf den Demonstrationen gekommen sei.

„Ja, wir haben uns eine Zeit lang immer montagabends getroffen und haben dann irgendwann festgestellt, dass der Raum, wo wir uns getroffen haben, [...] immer auf der Spaziergänger-Demo Route lag. Und das fand ich schon bemerkenswert, dann auch zu sehen, dass das schon auch etwas ist, [...] das macht den Jugendlichen ein Stück weit Angst. Weil da war dann immer die örtliche Zeitung, die Redaktion war im Gebäude neben uns, und das war dann eben immer so die Stelle, wo dann [...] diese Lügenpresse-Rufe kamen und wo man [...] diese aggressive Stimmung [...] gemerkt hat. Und das habe ich schon festgestellt, dass das den Jugendlichen Sorgen macht. Und wir haben es [...] natürlich dann auch oft besprochen.“ (BL23_BW1_91)

In Baden-Württemberg existieren unter den Koordinator*innen weniger Unsicherheiten bei der Adressierung der autoritär-rebellischen Mischszenen als in Thüringen

Aus Baden-Württemberg, wo die Aktivitäten der Mischszenen bereits wieder zurückgegangen sind (siehe oben), melden im Sommer 2023 27% (6 von 22) der Koordinator*innen, in deren Förderregionen Mischszenen auftreten, „besondere Unsicherheiten“ bei deren Adressierung zurück, was dem bundesweiten Durchschnitt entspricht.⁷⁴

Handlungsweisen:

Die Reaktionsweisen seitens der Partnerschaften auf das autoritär-rebellische Protestgeschehen, von denen in den Baden-Württemberger Interviews berichtet wird, ähneln grundsätzlich denen aus den Thüringer Förderregionen. Das Repertoire fokussiert sich auch hier schwerpunktmäßig auf Aufklärungs- und Dialogformate.

Workshops mit Schüler*innen würden auf das Themenfeld Fake News, Hass im Netz und Verschwörungserzählungen hin ausgerichtet

In den Interviews werden vor allem Verschwörungserzählungen als zentrales Thema für die präventive Arbeit in Schulen benannt. Da Verschwörungserzählungen ein Kernelement des Protestgeschehen der Mischszenen darstellen, bietet sich dieser Fokus an. Die Angebote würden mit fachlich erfahrenen Kooperationspartner*innen ausgearbeitet. In einem Interview werden diesbezüglich beispielsweise der Stadtjugendring und die Landeszentrale für politische Bildung genannt:

„Wir haben mit einem Akteur einen Workshop entwickelt, der in Schulklassen [...] angewendet wird. Wir haben mit dem Stadtjugendring [...], und der Landeszentrale für politische Bildung zusammen [ein Projekt entwickelt, Anm. d. Verf.], wo in Schulen gegangen wird und [...] über das Thema Verschwörungserzählungen gesprochen wird.“ (BL23_BW5_65)

Es wird auch berichtet, dass nach Wegen gesucht werde, wie sich das Thema Verschwörungserzählungen nachhaltiger in den Schultag integrieren ließe. Ein*e Koordinator*in erwähnt in diesem Kontext als hilfreiches Tool einen Leitfaden zur Demokratiebildung, der vom Kultusministerium Baden-Württemberg erarbeitet worden ist:⁷⁵

„Also für uns sind immer Schulen sehr wichtig [...]. Ich glaube, dass das auf Schulen schon zunehmend als Aufgabe noch mehr zu kommt, mit jungen Menschen auch darüber zu reden, wie unsere Gesellschaft funktioniert und wie Demokratie funktioniert und warum Verschwörungstheorien zwar attraktiv sind, aber nicht [...] eine Lösung für irgendwelche Probleme bieten. Und von dem her versuchen wir da schon immer sehr, sehr aktiv [...] unsere Zusammenarbeit mit Schule zu etablieren, zu vertiefen irgendwie. Es gibt da in Baden-Württemberg auch vom Kultusministerium einen Leitfaden Demokratiebildung, den wir versuchen, den Schulen schmackhaft zu machen und zu sagen, da stecken ganz, ganz viele Themen drin, die man einfach im Alltag, im Unterricht aufgreifen kann, ohne da immer irgendwie einen Projekttag daraus zu machen.“ (BL23_BW1_99)

⁷⁴ Vgl. Tabelle 23.

⁷⁵ Der erwähnte Leitfaden ist hier abrufbar: https://km-bw.de/site/pbs-bw-km-root/get/documents_E-2008466037/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Publikationen%202019/2019_Leitfaden%20Demokratiebildung.pdf (Letzter Zugriff: 04.12.2023).

Qualifizierungsformate für Multiplikator*innen würden einen wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit darstellen

In den Interviews, die mit Koordinator*innen aus Baden-Württemberg geführt wurden, fällt eine häufige Schwerpunktsetzung im Bereich Kompetenzvermittlung an Multiplikator*innen zu dem Themenkomplex Populismus/Antisemitismus/Mischszenen auf.

„Wir haben sehr früh und sehr stark versucht, das zu thematisieren, nicht nur die Zusammensetzung der Szene, sondern eben auch die unterschiedlichen Narrative, die da [...] aufkamen, und haben ganz spezifische Veranstaltungen dazu gemacht, um aufzuklären über gängige, einschlägige Verschwörungstheorien, die in dieser Szene verbreitet wurden, um zu informieren über Akteure aus dieser Szene, um auch über [...] das dahinter liegende Gedankengut zu informieren, den unterschweligen Antisemitismus, der immer mitschwang, die verschiedenen Überzeugungen der einzelnen Strömungen, vor allem natürlich die extremistischen Anteile der Strömungen. Aber wir haben ja eben auch in Baden-Württemberg eine stark esoterische Szene. [...] Also auch da haben wir [...] versucht aufzuklären, wie da die Zusammenhänge sind, wie die Tolerierung der einzelnen Gruppierungen innerhalb dieser Szene ist.“ (BL23_BW5_45)

Das Angebot dieser Qualifizierungsmaßnahmen für Multiplikator*innen umfasse neben Einzelveranstaltungen mit eingeladenen Expert*innen auch aufwendige Fachtage zu den genannten Themenstellungen. Die (pädagogischen) Fachkräfte würden dabei nicht nur zur Einordnung des Geschehens qualifiziert, sondern ihnen auch konkrete sozialpädagogische Reaktionsmöglichkeiten an die Hand gegeben:

„Im Präventionsbereich bieten wir Workshops an, die [...] von der Fachstelle Extremismusdistanzierung entwickelt wurden zum Thema Dagegenrede, zum Thema Hate Speech, also Hass im Netz, Fake News, um tatsächlich die junge Generation zu befähigen oder zu sensibilisieren, und [...] auch zum Thema Rassismus [...]. Dort schulen wir Multiplikatoren. Also wir schulen Schulsozialarbeiter, Akteure der einzelnen Kommunen vor Ort, so dass sich über kurz oder lang ein Team Demokratie bildet, was [...] in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche reinagieren kann. [...] Was kann ich tun vor Ort, damit gesellschaftlicher Zusammenhalt wieder entsteht? Und zum anderen eben, was sind die Zeichen, wo muss man wirklich aufpassen, wo wird es kritisch für eine Gemeinschaft und für eine Demokratie? Da gehen wir stark über die Schulen.“ (BL23_BW3_57)

Auch in der aktuellen Situation werde stark auf Dialog- und Begegnungsformate gesetzt, um die gesellschaftliche Spaltung nicht durch abgrenzende Maßnahmen zu verstärken

Angesichts des Protestgeschehens berichten die interviewten Koordinator*innen aus Baden-Württemberg, dass sie Dialogformate und Präventionsarbeit an Schulen als zentrale Maßnahmen fortsetzen und inhaltlich an die aktuelle Situation anpassen. Ähnlich wie in Thüringen wird auch hier der Charakter der Partnerschaften für Demokratie als gemeinschaftsbildende und dialogfördernde Institutionen der Demokratieförderung deutlich. Die Koordinator*innen berichten von einer großen Bandbreite an Dialog- und Begegnungsformaten. So werden in einem Interview Bürgerfeste als eine Maßnahme genannt, welche dabei helfe, der Spaltung in den Kommunen, die sich durch die Corona-Proteste entwickelt habe, entgegenzuwirken:

„Also wir haben jetzt [...] schon mehr als früher solche Bürgerfeste, Stadtteulfeste, solche Sachen, wo man versucht, Menschen zusammenzubringen. [...] Wir müssen die Menschen miteinander ins Gespräch bringen, um die Teilung der Gesellschaft nicht weiter fortschreiten zu lassen.“ (BL23_BW1_85)

Kommunale Feste könnten dabei helfen, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und sie fördern zudem Dialog und Beteiligung.

In den Interviews wird nahegelegt, dass konfrontative Maßnahmen von den Koordinator*innen der Partnerschaften dagegen meist nicht als geeignete Vorgehensweise wahrgenommen werden. Auch wenn eine Distanzierung stattfindet, so doch in Form eines Dialogs, der Raum gebe, unterschiedliche Perspektiven zu Wort kommen zu lassen. Damit dies funktioniert, gelte es jedoch Vorkehrungen zu treffen, damit demokratiefeindlichen Stimmen keine Bühne geboten wird. Wie solche Dialoge adäquat gerahmt werden könnten und was passiere, wenn dies nicht geschieht, wird in einem Interview ausgeführt:

„Weil wir hatten dann Gott sei Dank bei diesen Podiumsdiskussionen vorher ein paar Rederegeln festgemacht, wie, dass man eben immer einen lokalen Bezug machen muss. Also man darf nicht sagen, Klimawandel gibt es nicht, weil das ein Gemeinderat einfach nicht zu entscheiden hat. Man musste positiv sein und [...] politisch korrekten Regeln [berücksichtigen]. Und wir hatten da auch eine Jury [...]. Da konnten wir dann die AfD [...] noch gerade so im Griff halten. Aber hätten wir das nicht gemacht... Und es gab schon viele Podiumsdiskussionen in der Stadt, die hat wohl immer die AfD völlig überrannt. Und dadurch werden eben halt auch wieder diese Mischszenen befeuert.“ (BL23_BW4_90)

Auf der Basis vergangener negativer Erfahrungen habe auf dieser Podiumsdiskussion mit der Aufstellung von Rederegeln der Sagbarkeitsradius demokratiefeindlicher Redner*innen eingegrenzt und der Austausch ermöglicht werden können. Ein weiteres Beispiel für die Wichtigkeit der Rahmung der Dialogformate wird in einem anderen Interview angesprochen:

„Also wir gehen jetzt nicht auf diese Kundgebungen und diskutieren mit den Protagonisten der Montagsspaziergänge, das ist nicht unser Fokus. [...] Wir entwickeln stark, also für alle Altersgruppen, generationenübergreifend, Dialogformate, weil unser Ansatz tatsächlich ist, solange man nicht die passende Form des Dialogs wählt, spalten wir weiter oder grenzen weiter aus. Wir setzen selber Themenschwerpunkte. Wir laden Personen, Initiativen ein zu Projektschmieden, wo wirklich Projektgebende zu Gemeinwohlprojekten mitdenken. Also wirklich breite Öffentlichkeit, Bürgerbeteiligung, dort diese Stimmen auch aufzugreifen, abzuholen und entsprechend zu reagieren, wenn wir Bedarf sehen.“ (BL23_BW3_29)

Der Dialog wird aber hier nicht mit den Protestierenden selbst gesucht, sondern zielgruppen-genau und zu ausgewählten Themen mit der breiten Bevölkerung.

„Und da dürfen verschiedene Ansichten, ohne gleich in schwarz-weiß zu beraten, dürfen erst mal ihren Platz finden, in dem Vertrauen, dass sich dann ein Konsens findet auf Basis dieser verbindenden und gemeinsamen Werte, der die Menschen wieder näher zusammenbringt“ (BL23_BW3_57)

Von direkten Gesprächen seitens Akteur*innen der Partnerschaft für Demokratie mit Akteur*innen des Protestgeschehens, etwa am Rande von Demonstrationen, berichtet dagegen keine*r der in Baden-Württemberg Interviewten. Wiederholt wird die Notwendigkeit eines differenzierenden Blicks betont, der in der Lage ist, zwischen ‚noch erreichbaren‘ Personen und bereits

gefestigt demokratiefeindlichen zu unterscheiden. Dies sei herausfordernd insbesondere aufgrund der vielfältigen Zusammensetzung der her betrachteten Mischszenen. Plädiert wird trotzdem für ein Vertrauen in die Kraft des Dialogischen, Prozesse des Abdriftens auf der Basis geteilter Werte aufhalten zu können:

„Ich [...] glaube, man müsste [...] wirklich identifizieren: Was sind die einzelnen Gruppierungen? [...] Und dann die verschiedenen Gruppierungen einzeln [...] adressieren [...] und [...] – also wir arbeiten stark mit Dialogformaten hier als Partnerschaft – [...] auf die einzelnen Themen ein[.]gehen. [...]. Ich muss nicht zur Montagskundgebung und dagegenreden [...], sondern ich gehe mit Einzelnen ins Gespräch, die uns eben in unserem Kontext Schule, Jugendarbeit, Schulsozialarbeit [begegnen, Anm. d. Verf.] [...]. Man begibt sich in Räume mit Menschen verschiedenster Biografien, Erfahrungen und jetzt mittlerweile auch Informationen und muss in Kauf nehmen, dass da eine Kontroverse stattfindet. Und ich glaube, das müssen wir uns trauen. Und dieses Trauen und dann auch Vertrauen daran, dass die, die wir fast verlieren oder die, die anfangen abzudriften an die Ränder, dass wir die [trotzdem im Dialog erreichen können, Anm. d. Verf.]“ (BL23_BW3_27, 35, 59)

Bürger*innen-Bündnisse sollen durch Strategiereflexionen gestärkt werden

In einem Interview berichtet der*die Koordinator*in von Aufklärungsarbeit in einem Bürger*innen-Bündnis mit dem Ziel, Reflexionsprozesse darüber zu initiieren, was ein geeignetes strategisches Vorgehen angesichts der autoritär-rebellischen Mischszenen sei: Wie könne es erreicht werden, Gegenposition zu beziehen, ohne den lokalen Zusammenhalt noch weiter zu spalten. Auch hier geht es im Kern darum, dass die autoritär-rebellischen Mischszenen komplexer zusammengesetzt und daher differenzierter zu adressieren seien als beispielsweise die rechtsextreme Skinhead-Szene der 1990er Jahre:

*„Wir hatten in XXX [Ortsname, Anm. d. Verf.] mit der Pfd [...] mal eine Aktion gegen Querdenken, allerdings vom YYY-Bündnis [Name eines Bürger*innen-Bündnis, Anm. d. Verf.] und die war nicht arg gut gemacht. Das war [...] wieder: ‚Ihr bösen Querdenker!‘ und so. [...] Ja, ich glaube, man muss da auch mehr Aufklärungsarbeit machen in diesen Bündnissen oder auch bei den Aktiven, die oftmals [...] die falschen Maßnahmen ergreifen und dadurch eben die Mischszenen wieder bestärken. [...] Mischszenen ist halt echt auch noch mal eine andere Quest als seither. Die sind nicht so gut greifbar. Das war früher halt, wo man in den 90er-Jahren noch Menschen hatte mit Glatzkopf und Springerstiefeln [...], die waren einfach zu identifizieren.“ (BL23_BW4_117)*

3.2.3 Medienanalyse: Stadt in Baden-Württemberg

In der zur Medienanalyse ausgewählten großen Kreisstadt in Baden-Württemberg berichten lokale Zeitungen seit Herbst 2020 von Protesten gegen Corona-Maßnahmen, zunächst durch ortsnahe und -ansässige Ableger von „Querdenken“ und „IBAM“ („Ich bin anderer Meinung“). Bereits zu diesem Zeitpunkt kam es zu Teilnehmer*innenzahlen von ca. 400-1000. Seit Ende des Jahres 2021 finden anstelle größerer Demonstrationen vermehrt sogenannte „Spaziergänge“ statt, zu denen auf ein-

schlägigen Telegram-Kanälen aber auch vom Kreisverband einer rechtspopulistischen Partei aufgerufen wird. In den sozialen Medien zeigen sich die Akteur*innen insbesondere auf Telegram in einer verschwörungsideologisch getönten autoritär-rebellischen Mischszene. Die Betreiber*innen eines der populärsten lokalen Kanäle (ca. 200 Abonnent*innen) rufen seit Januar 2021 sowohl zur Begleitung von Strafprozessen aufgrund von Verstößen gegen das Infektionsschutzgesetz auf als auch zu Demonstrationen, die von anderen Bündnissen organisiert werden und sich überwiegend gegen die Umsetzung von Corona-Maßnahmen vor Ort („gegen städtische Willkür“) wenden. Dabei werden vornehmlich lokale Behörden und Gerichte als inkompetent oder verfassungswidrig handelnd dargestellt. Bezüge zu Verschwörungsnarrativen werden hauptsächlich über verlinkte Inhalte überregionaler Kanäle hergestellt (z.B. Erzählungen über die „Corona-Lüge“). Weitere auf die Region ausgerichtete Social-Media-Gruppen mit ungefähr 60 bis über 900 Abonnent*innen posten neben Links zu verschwörungsideologischen Websites hauptsächlich Aufrufe zu den „Montagsspaziergängen“ in der Stadt. Seit der Lockerung der Corona-Einschränkungen werden vermehrt generalisierte Verschwörungsnarrative verbreitet: Sowohl die Corona-Pandemie als auch beispielsweise der Krieg in der Ukraine werden als „Ablenkungen“ betrachtet, die grundlegende Umwälzungen der gesellschaftlichen Realität kaschieren sollen. Dies sei die Strategie nebulöser, meist mit den USA assoziierter, „globaler Eliten“.

Einschränkungen „unternehmerischer Freiheit“: Insbesondere aus dem ersten Jahr der Pandemie finden sich Unmuts- und Wutäußerungen, die spezifisch aus der Perspektive von Unternehmer*innen getätigt werden. Mit Ängsten vor zunehmender Arbeitslosigkeit und makroökonomischem Verfall mischt sich das Anprangern des „eentlichen“ Problems, wie „staatstreue Medien“, „mediale Spaltung“ oder „Politik“ als Ganzes. Hier steht vornehmlich die Angst vor ökonomischer Handlungsunfähigkeit und dem Verlust des Arbeitgeberstatus im Vordergrund. Demokratische Institutionen werden in diesem Zusammenhang in Inhalten, die im Winter 2020/2021 gepostet wurden, noch stärker als inkompetent dargestellt, während sie in späteren Beiträgen zunehmend als irrational oder undemokratisch charakterisiert werden.

Lokale „Gesinnungsjustiz“: Lokalen Gerichten, aber auch der Stadtverwaltung wird vorgeworfen, „Gesinnungsjustiz“ oder „Rechtsbeugung“ zu betreiben. Dies geht mit Vorwürfen von Inkompetenz und konspirativer Machenschaften einher – Richter*innen, Beamt*innen und Politiker*innen werden als Teil einer meist nicht näher benannten, übergeordneten Verschwörung oder als schlichtweg unfähig, bzw. als unvernünftig (z.B. als Anhänger*innen einer „Corona-Religion“) gesehen:

„Das Gericht ist auf dem Holzweg, erkennt es aber nicht. Die Presse macht ihren Job wie immer ohne richtige Recherche. Wir werden seit nunmehr als 2,5 Jahren von verschiedenen Amtspersonen unschuldig verfolgt. Verschiedene Aktionen wie unverhältnismäßige Kontrollen durch Ordnungs-, Finanz-, Gewerbeaufsichtsamt, Zoll...) [...] hatten nur ein Ziel und zwar uns und unsere Existenz zu zerstören.“ (Telegram-Post zur Prozessbegleitung, 20.10.23)

Zwar wird auch vereinzelt angedeutet, dass die lokalen Behörden von „ganz oben“ gesteuert würden, allerdings bleibt dieser übergeordnete Verschwörungszusammenhang diffuser als im Thüringer Standort, wo explizit z.B. die WHO oder NATO benannt werden (siehe Kap. 3.1.3).

Konsequenzen des „Corona-Unrechts“: Es wird sich vor allem seit Lockerung der Corona-Maßnahmen darüber ausgetauscht, dass die „Täter“ der im Rahmen der Pandemie betriebenen „Verfolgung“ bestraft werden sollten. Dabei gehe es einerseits um eine „Aufarbeitung“, aber auch um das Einfordern von Anerkennung der „Opfer“. Insbesondere hinter den häufig verlinkten Websites, auf

denen sogenannte „Verbrechen gegen die Menschheit“ im Zuge der Corona-Maßnahmen dokumentiert werden sollen, lässt sich die Angst erkennen, dass ein erlebtes Unrecht in Vergessenheit geraten könnte, aber auch der Versuch, ein im Zuge der nun abebbenden Corona-Proteste erlebtes Ermächtigungsgefühl durch eine alternative „Erinnerungskultur“ festzuhalten:

„Es wird kein Vergessen geben. Wir werden aufarbeiten und die Täter werden sich ihrer Verantwortung stellen müssen.“ (Telegram-Post, der ein Portal zur Erfassung angeblicher Verbrechen im Zuge der Corona-Maßnahmen bewirbt, 04.12.23)

Markanter als in Thüringen erscheinen hier auch Ängste bezüglich vermeintlicher „Impfschäden“. Meist durch verlinkte, verschwörungsideologische und überregionale Kanäle (die auch in lokalen Kanälen in Thüringen häufig geteilt werden) werden mitunter schockierende Bilder, Grafiken oder Erzählungen, welche angebliche Folgen der Corona-Schutzimpfungen dokumentieren in den Gruppen geteilt. In diesem Zusammenhang wird auch mit besonderer Hervorhebung die Pharmaindustrie als verschwörerisch und maliziös dargestellt – in Thüringen erscheint die Pharmaindustrie lediglich als eines von vielen bösartigen Banken-, Energie-, Waffen- und Finanzkartellen.

Anthroposophie: In den Posts am baden-württembergischen Standort konnten zwar nur wenige Inhalte gefunden werden, die direkt auf anthroposophisches Gedankengut verweisen, jedoch finden sich diese in dort verlinkten Kanälen. Neben alternativmedizinischen Ratschlägen, bzw. Werbung, für kolloidales Silber, finden sich in diesen eine Fülle von Zitaten Rudolf Steiners. Diese Zitate, die oft die Harmonie zwischen Körper und Geist sowie Individuum und Gesellschaft thematisieren, werden in dem diskursiven Kontext mit spezifischer Bedeutung und Anschlussfähigkeit an autoritär-rebellische Haltungen aufgeladen. Die Harmonie und insbesondere die freie Individualität erscheinen als durch die Corona-Maßnahmen bedroht:

„Aber die Evolution im Irdischen zeigt: Anpassung führt in eine Sackgasse; [...] Nur aus der Freiheit, die im Menschen individualisiert entwickelt wird, kann die Evolution ihr Ziel erreichen!“ (Telegram-Post zum Ich-Begriff Rudolf Steiners, 14.06.21)

4 Fazit

Autoritär-rebellische Mischszenen bilden mit den von ihnen transportierten populistischen und verschwörungstheoretischen Mentalitäten aktuelle Politisierungsräume, die Bürger*innen zum ‚Abdriften‘ in die Demokratiefeindlichkeit bewegen können. Sie treten bundesweit auf, aber mit regionalen Charakteristika.

In den vorgestellten quantitativen Daten aus dem Sommer 2023 gibt es einige Hinweise darauf, dass die Koordinator*innen der Thüringer Partnerschaften für Demokratie die Situation bei sich vor Ort als brisanter einschätzen gegenüber den Koordinator*innen aus Baden-Württemberg: Die autoritär-rebellischen Mischszenen seien demnach in Thüringen weiter verbreitet, aggressiver und stärker von fremdenfeindlichen Haltungen und rechtsextremen Akteur*innen bestimmt. Unsicherheiten bei ihrer Adressierung tauchen in Thüringen häufiger auf. Baden-Württemberg fällt dagegen durch die stärker esoterisch-anthroposophische Prägung seiner Mischszenen auf.

Aus den qualitativen Interviews entsteht ein genaueres Bild der in den Blick genommenen Förderregionen in Thüringen. Es zeigt eine Alltäglichkeit des Protestgeschehens, das gegen den demokratisch-pluralistischen Meinungs- und Interessenstreit eine populistische Haltung von „Schnauze voll“ und „Wir-Gefühl“ setzt. Diese Stimmung affiziere die Bevölkerung und teilweise auch die kommunalen Verwaltungen und schaffe vielerorts ein lokales Klima, in welchem die Partnerschaften für Demokratie für ihre prodemokratische Arbeit eher vorsichtige, teilweise die öffentliche Sichtbarkeit meidende und mögliche Unterstützer*innen nicht verprellende Formate wählen (müssen), um Anfeindungen zu entgehen. Schwerpunktmäßig berichten die Befragten von Aufklärungs-, Dialog- und gemeinschaftsstiftenden Formaten im Umgang mit den Mischszenen. Erschwert würden offensivere Formen der Arbeit durch Unsicherheiten der Koordinator*innen zum Umgang mit dem Gebot parteipolitischer Neutralität, das von den kommunalen Verwaltungen teilweise sehr restriktiv ausgelegt würde.

Das Bild, dass sich aus den Interviews für die Förderregionen der interviewten Koordinator*innen aus Baden-Württemberg ergibt, ist zunächst dadurch strukturiert, dass sich das Protestgeschehen der Mischszenen weitgehend auf die Zeit der Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie beschränkt habe und nach deren Ende nur eine geringere Zahl von Protestierenden auf andere Themen umgeschwenkt sei. Geflüchtetenfeindschaft – so zeigen es auch die Monitoringdaten – sei in Baden-Württemberg vergleichsweise wenig von den hier stärker alternativkulturell geprägten Mischszenen aufgegriffen worden. Als brisant an der Entwicklung in Baden-Württemberg, dem Ursprungsland der Corona-Proteste, erscheint aber das ‚Driften‘, die Teilnahme von zuvor linksalternativen oder esoterischen Milieus zugehörigen Personen, die sich im Rahmen der Corona-Proteste nachhaltig radikalisiert hätten. In Baden-Württemberg hätten sich so Teile von zuvor für tendenziell progressiv gehaltenen Milieus im Zuge des Protestgeschehens zu demokratiefeindlichen Rebellen gegen ‚die da oben‘ transformiert. Die Handlungsstrategien der Partnerschaften setzen auch hier stark auf Dialog- und Aufklärungsformate, um die Widerstandsfähigkeit gegen die Verführungskraft der Mischszenen zu unterstützen.

In beiden Bundesländern, Thüringen und Baden-Württemberg, katalysiert – so der Eindruck aus den Interviews – das Protestgeschehen der Mischszenen die Normalisierung demokratie-

distanzierte bis -feindliche Haltungen. Dies deckt sich mit dem allgemeinen Befund der aktuellen *Mitte-Studie*, die Daten wiesen eher auf „eine Normalisierung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung hin als auf eine Polarisierung.“⁷⁶

Die zentralen Herausforderung vor die sich die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie im Umgang mit den autoritär-rebellischen Mischszenen gestellt sehen, lassen sich in drei Punkten zusammenfassen: Mit dem Protestgeschehen ist ein neuer, nachhaltig wirkender Politisierungsraum entstanden, dessen Vielfältigkeit erstens eine besonders differenzierte Ansprache erzwingt und zweitens zugleich die Einordnung einzelner Akteur*innen erschwert; die Normalisierung demokratiedistanzierter bis -feindlicher Haltungen hemmt die Gegenrede (insbesondere in ländlichen Regionen mit ihren engen sozialen Kontakten); Vertreter*innen der kommunalen Verwaltungen verhalten sich teilweise unterstützend gegenüber der Arbeit der Partnerschaften, teilweise behindern sie diese aber auch unter anderem mit restriktiven Interpretationen des Neutralitätsgebots.

Angesichts dieser Herausforderungen spielen die Koordinator*innen die Stärke der Partnerschaften für Demokratie aus: Aufklärung sowie Dialog- und gemeinschaftsbildende Formate. Dabei gelte es, einen differenzierten Blick zu wahren, demokratiedistanzierte und -feindliche Personen nicht als homogene Einheit zu interpretieren und genau zu überlegen, wie mit wem und in welchem Kontext (Podiumsdiskussion, am Rande von Demonstrationen, Gesprächsrunde, Einzelgespräch...) der Dialog gesucht wird. In diesem Zusammenhang zeigen sich auch unterschiedliche Positionen zwischen den interviewten Koordinator*innen. Die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit im Kontext der Partnerschaften für Demokratie widmet sich nun verstärkt Themen wie dem Verschwörungsglauben, dem eine zentrale Funktion in den autoritär-rebellischen Mischszenen zukommt. Insbesondere in den Förderregionen in Thüringen werden die Koordinierungs- und Fachstellen dabei aber mit so viel Ablehnung und sogar Anfeindungen konfrontiert, dass entsprechende Angebote teilweise nicht allzu offensiv publik gemacht werden.

76 Zick/Mokros 2023, S. 85.

5 Literatur

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin.
- Barz, Heiner (2021): Stuttgart – Hauptstadt der Freidenker und Anthroposophen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 71 (5-6), S. 26–32.
- Bohn, Irina (2019): Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 1/2019, S. 86–101.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Die Geburtsstunde der Treuhand. Hintergrund aktuell, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/201919/die-geburtsstunde-der-treuhand/> (Letzter Zugriff: 23.11.2023).
- Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Schuler, Julia/Celik, Kazim/Brähler, Elmar/Clemens, Vera/Fegert, Jörg M. (2022): Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. Ein sozialpsychologischer und medizinsoziologischer Blick auf die gegenwärtigen Herausforderungen. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen, S. 91–126.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen, S. 11–30.
- Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (2022): Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Berlin.
- Forschungsstelle BAG „Gegen Hass im Netz“ (2023): Die Kanalisation des Protests. Demokratiefeindliche Mobilisierung via Telegram. <https://machine-vs-rage.bag-gegen-hass.net/die-kanalisation-des-protests/> (Letzter Zugriff: 27.11.2023).
- Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver (2021): Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Basel.
- Frei, Nadine/Schäfer, Robert/Nachtwey, Oliver (2021). Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine soziologische Annäherung. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34 (2), 249–258.
- Groß, Eva/Hövermann, Andreas/Nickel, Amelie (2023): Entsicherte Marktförmigkeit als Treiber eines libertären Autoritarismus. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 243–258.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020). Rechte Bedrohungsallianzen. Berlin.
- Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd (2021): Vergebliche Avancen: AfD und Querdenken. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr. Berlin, S. 281–303.
- ISS e.V. (2019): Umgang mit dem Phänomen der Shrinking Spaces in den Partnerschaften für Demokratie. Handreichung. Frankfurt a.M. <https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/>

- veroeffentlichungen/downloads/Handreichung_Shinking_Spaces_2019.pdf (Letzter Zugriff: 20.11.2023).
- ISS e.V. (2020a): Lokales Klima der Bedrohung. Betroffenheit von und Umgang mit antidemokratischen Bestrebungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie. Frankfurt a.M. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/2020_ISS_Lokales_Klima_der_Bedrohung_barrierearm_final.pdf (Letzter Zugriff: 20.11.2023).
- ISS e.V. (2020b): (Neu)Start in Zeiten der Corona-Pandemie. Die Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2020 Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2020–31.12.2020 der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Frankfurt a. M. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/2020_ISS_NeuStart_in_Zeiten_der_Corona_Pandemie_barrierearm_final.pdf (Letzter Zugriff: 01.12.2023)
- ISS e.V. (2021): Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2021–31.12.2021 der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Frankfurt a.M. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/20221024_2021_Strukturdatenband_barrierefrei.pdf (Letzter Zugriff: 03.12.2023).
- ISS e.V. (2022a): Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2022–31.12.2022 der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Frankfurt a.M. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/PfD_Strukturdatenband_2022_end.pdf (Letzter Zugriff: 01.12.2023)
- ISS e.V. (2022b): Die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine und die Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie in den Förderregionen. Frankfurt a.M. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/user_upload/PfD_Schwerpunktbericht_2022_Krieg_in_der_Ukraine_end.pdf (Letzter Zugriff: 01.12.2023).
- ISS e.V. (2022c): Kommunale Demokratieförderung. Begriff, Modell und Praxis. Frankfurt a.M. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/user_upload/Ges_2021_Schwerpunktbericht_-_Kommunale_Demokratiefoerderung.pdf (Letzter Zugriff: 07.12.2023).
- ISS e.V. (2023): Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2023–31.12.2023 der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Frankfurt a.M. (in der Endredaktion).
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 43–74.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 75–111.
- Küpper, Beate/Sandal-Önal, Elif/Zick, Andreas (2023): Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 91–136.

- Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (Hrsg.) (2022). LOKAL EXTREM RECHTS. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld.
- Niedersächsisches Landesamt für Verfassungsschutz (2022): Verfassungsschutzbericht 2022. Hannover. <https://www.mi.niedersachsen.de/download/195831> (Letter Zugriff: 03.12.2023).
- Pöhlmann, Matthias (2022): Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen. Bonn.
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2022): Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022. Jena.
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2020): Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020. Jena.
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2021): Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021. Jena.
- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (1975): Strukturen der Lebenswelt. Darmstadt.
- Seidler, Christoph/Seidler, Gundel/Benz, Wolfgang (2021): Nicht angekommen? Ist die Politik-verdrossenheit ein besonderes Problem der Ostdeutschen? Ein Gespräch. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr. Berlin, S. 124–145.
- Süddeutsche Zeitung (2020): Zwischen Hippies und Neonazis, 30.08.2020. <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-demos-zwischen-hippies-und-neonazis-1.5015129> (letzter Zugriff: 03.12.2023).
- Teidelbaum, Lucius (2021): Alternativmedizin für Rechte? Die extreme Rechte und ihr Verhältnis zur Medizin. In: Einsichten. Über die extreme Rechte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Baden-Württemberg. In Pandemie-Zeiten, 1/2021, S. 39–44.
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2020): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2020. Erfurt.
- Winter, Sebastian (2023): Antirassistischer Antisemitismus & anti-antisemitischer Rassismus? Eine intersektionale Betrachtung jenseits der Soziologie. In: Richter, Salome/Seiler, Dorothea/Seul, Marc/Zarbock, Luca/Borsch, Andreas/Gärtner, Luisa (Hrsg.): Antisemitismus in der postnazistischen Migrationsgesellschaft. Eine interdisziplinäre Bestandsaufnahme. Opladen, S. 109–125.
- Zick, Andreas / Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 53–90.

6 Anhang:

Tabelle 1: Aktivitäten von Mischszenen in den Förderregionen

	Absolut	Prozent
Ja	258	72%
Nein	34	10%
Kann ich nicht beurteilen	64	18%
Gesamt	356	100%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=356).

Tabelle 2: Aktivitäten von Mischszenen nach Regionen und Gebietskörperschaft

	Landkreis West		Landkreis Ost		Stadt West		Stadt Ost		Berlin	
	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent
Ja	56	62%	59	88%	84	63%	39	93%	20	91%
Nein	14	15%	2	3%	17	13%	0	0%	1	5%
Kann ich nicht beurteilen	21	23%	6	9%	33	25%	3	7%	1	5%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

Tabelle 3: Häufigkeiten von an Mischszenen beteiligten Akteur*innen

	Absolut	Prozent
Rechtspopulistische Akteur*innen	214	83%
Akteur*innen aus esoterischen oder anthroposophisch geprägten Szenen	149	58%
Rechtsextreme Akteur*innen	138	54%
Akteur*innen aus der politischen „Mitte“	129	50%
Sich politisch „links“ verortende Akteur*innen	34	13%
Kann ich nicht beurteilen	27	11%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben. Mehrfachantworten möglich.

Tabelle 4: Gemeinsames Auftreten rechtsextremer Akteur*innen und Akteur*innen aus esoterischen oder anthroposophisch geprägten Szenen

		Akteur*innen aus esoterischen oder anthroposophisch geprägten Szenen					
		Ja		Nein		Gesamt	
Rechtsextreme Akteur*innen		Absolut	Prozent	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent
	Ja	82	32%	56	22%	138	54%
	Nein	67	26%	53	21%	120	47%
	Gesamt	149	58%	109	42%	258	100%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

Tabelle 5: In Mischszenen aktive Akteur*innen nach Regionen und Gebietskörperschaft

	Landkreis West		Landkreis Ost		Stadt West		Stadt Ost		Berlin		Gesamt	
	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent
Rechtsextreme Akteur*innen	23	41 %	37	63 %	40	48 %	23	59 %	15	75 %	138	54 %
Rechtspopulistische Akteur*innen	44	79 %	47	80 %	74	88 %	33	85 %	16	80 %	214	83 %
Akteur*innen aus esoterischen oder anthroposophisch geprägten Szenen	41	73 %	24	41 %	56	67 %	18	46 %	10	50 %	149	58 %
Akteur*innen aus der politischen „Mitte“	24	43 %	32	54 %	45	54 %	20	51 %	8	40 %	129	50 %
Sich politisch „links“ verortende Akteur*innen	6	11 %	7	12 %	15	18 %	4	10 %	2	10 %	34	13 %
Kann ich nicht beurteilen	5	9%	8	14 %	8	10 %	4	10 %	2	10 %	27	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben. Mehrfachantworten möglich.

Tabelle 6: Themen von Mischszenen nach Region und Gebietskörperschaft

	Landkreis West		Landkreis Ost		Stadt West		Stadt Ost		Berlin		Gesamt	
	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent
Corona-Schutzmaßnahmen	55	98%	59	100 %	81	96%	39	100 %	20	100 %	254	98%
Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine	32	57%	47	80%	55	65%	36	92%	12	60%	182	71%
Die eigene ökonomische Situation	13	23%	36	61%	20	24%	20	51%	4	20%	93	36%
Wahrgenommene kulturelle „Überfremdung“	17	30%	38	64%	22	26%	15	38%	5	25%	97	38%
Wahrgenommene Einschränkungen individueller Freiheit	28	50%	40	68%	56	67%	32	82%	13	65%	169	66%
Klimawandel	12	21%	21	36%	25	30%	10	26%	9	45%	77	30%
Energiepolitik	17	30%	43	73%	24	29%	30	77%	3	15%	117	45%
Antifeminismus/ Antigenderismus	5	9%	20	34%	22	26%	7	18%	3	15%	57	22%
Kann ich nicht beurteilen	0	0%	0	0%	2	2%	0	0%	0	0%	2	1%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben. Mehrfachantworten möglich.

Tabelle 7: Übergriffe und Anfeindungen im Kontext von Mischszenen nach Region und Gebietskörperschaft

	Landkreis West		Landkreis Ost		Stadt West		Stadt Ost		Berlin		Gesamt	
	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent
Ja, wiederholt/ mehrere	4	7 %	8	14 %	6	7 %	10	26 %	4	20 %	32	12 %
Ja, in Einzelfällen	9	16 %	16	27 %	25	30 %	11	28 %	6	30 %	67	26 %
Nein	25	45 %	18	31 %	28	33 %	7	18 %	6	30 %	84	33 %
Kann ich nicht beurteilen	18	32 %	17	29 %	25	30 %	11	28 %	4	20 %	75	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

Tabelle 8: Einschätzung „Wie beurteilen Sie die Situation in Ihrer Förderregion bzgl. der nachfolgenden Bereiche?“

	Hoher/sehr hoher Problem- druck		Mittlerer Problem- druck		Kein/geringer Problem- druck	
	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent
Demokratieförderung	132	37 %	176	49 %	48	13 %
Vielfaltförderung	136	38 %	167	47 %	53	15 %
Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	187	52 %	128	36 %	41	12 %
Verschwörungserzählungen	144	40 %	138	38 %	74	21 %
Rassismus	165	46 %	153	43 %	38	11 %
Antisemitismus	91	26 %	143	40 %	122	34 %
Rechtsextremismus	136	38 %	154	43 %	66	19 %
Sinti*zze und Rom*nja-Feindlichkeit	80	23 %	106	30 %	170	48 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	105	30 %	147	41 %	104	29 %
LGBTIQ-Feindlichkeit	78	22 %	171	48 %	107	30 %
Islamistisch begründeter Extremismus	20	6 %	58	16 %	278	78 %
Linke Militanz	1	<1 %	26	7 %	329	92 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=356).

Tabelle 9: Relevanz von Verschwörungserzählungen innerhalb der Mischszenen

	Absolut	Prozent
Geringe Relevanz	25	10 %
Mittlere Relevanz	75	29 %
Hohe Relevanz	83	32 %
Sehr hohe Relevanz	46	18 %
Kann ich nicht beurteilen	29	11 %
Gesamt	258	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

Tabelle 10: Problemdruck bezüglich Verschwörungserzählungen nach Aktivitäten von Mischszenen in den Förderregionen

			Kein/geringer Problemdruck	Mittlerer Problemdruck	Hoher /sehr hoher Problemdruck	Gesamt
Sind in Ihrer Förderregion seit 2020 populistische Mischszenen aktiv geworden?	Ja	Absolut	36	97	125	258
		In Prozent	14 %	38 %	48 %	100 %
	Nein	Absolut	15	13	6	34
		In Prozent	44 %	38 %	18 %	100 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	23	28	13	64
		In Prozent	36 %	44 %	20 %	100 %
	Gesamt	Absolut	74	138	147	56
		In Prozent	21 %	39 %	40 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben. Chi² 37,139, df 4, p=<0,001; Cramer'S V=0,228; p<0,001.

Tabelle 11: Veränderungen des Problemdrucks zu Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus zwischen den Jahren 2023 und 2021

Veränderung	Absolut	Prozent
-3	1	<1 %
-2	15	5 %
-1	58	20 %
0	122	42 %
+1	76	26 %
+2	15	5 %
+3	3	1 %
Gesamt	290	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=290), die sowohl im Jahr 2021 als auch im Jahr 2023 am Monitoring teilgenommen haben bei denen in der Zwischenzeit keine Änderung der Gebietskulisse stattfand. Der Problemdruck wurde in den Jahren 2021 und 2023 jeweils anhand einer 6-stufigen Skala abgefragt. Dargestellt ist hier die Differenz der Angabe 2023 zu 2021. Negative Werte verweisen dabei auf eine Abnahme des Problemdrucks, positive Werte auf eine Zunahme des Problemdrucks. Beispielsatz: in 5 % der Förderregionen ist im Jahr 2023 im Vergleich zum Jahr 2021 eine Abnahme des Problemdrucks um zwei Punkte auf der 6-stufigen Skala zu verzeichnen.

Tabelle 12: Problemdruck durch Mischszenen nach Regionen und Gebietskörperschaft

	Landkreis West		Landkreis Ost		Stadt West		Stadt Ost		Berlin		Gesamt	
	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent	Ab-solut	Pro-zent
Kein/geringer Problemdruck	16	29%	8	14%	20	24%	6	15%	3	15%	53	21%
Mittlerer Problemdruck	25	45%	28	47%	47	56%	16	41%	11	55%	127	49%
Hoher/sehr hoher Problemdruck	13	23%	22	37%	13	15%	17	44%	6	30%	71	28%
Kann ich nicht beurteilen	2	4 %	1	2 %	4	5 %	0	0 %	0	0 %	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

Tabelle 13: Zustimmung zu der Aussage: „Im Rahmen der Umsetzung unserer Partnerschaft für Demokratie bestehen besondere Unsicherheiten bei der Adressierung von Mischszenen“

		Stimme gar nicht/eher zu	Teils/teils	Stimme eher/voll zu	Kann ich nicht beurteilen
Baden-Württemberg	Absolut	10	4	6	2
	In Prozent	45%	18 %	27 %	9 %
Bayern	Absolut	10	8	6	1
	In Prozent	40%	32 %	24 %	4 %
Berlin	Absolut	8	8	3	1
	In Prozent	40%	40 %	15 %	5 %
Brandenburg	Absolut	4	3	8	1
	In Prozent	25%	19 %	50 %	6 %
Bremen	Absolut	2	0	0	0
	In Prozent	100%	0 %	0 %	0 %
Hamburg	Absolut	0	1	0	0
	In Prozent	0%	100 %	0 %	0 %
Hessen	Absolut	9	7	5	5
	In Prozent	35%	27 %	19 %	19 %
Mecklenburg-Vorpommern	Absolut	1	7	7	2
	In Prozent	6%	41 %	41 %	12 %
Niedersachsen	Absolut	5	5	2	4
	In Prozent	31%	31 %	13 %	25 %
Nordrhein-Westfalen	Absolut	14	4	2	4
	In Prozent	58%	17 %	8 %	17 %

		Stimme gar nicht/eher zu	Teils/teils	Stimme eher/voll zu	Kann ich nicht beurteilen
Rheinland-Pfalz	Absolut	4	2	4	1
	In Prozent	36%	18 %	36 %	9 %
Saarland	Absolut	2	1	2	1
	In Prozent	33%	17 %	33 %	17 %
Sachsen	Absolut	9	7	8	1
	In Prozent	36%	28 %	32 %	4 %
Sachsen-Anhalt	Absolut	3	3	9	2
	In Prozent	18%	18 %	53 %	12 %
Schleswig-Holstein	Absolut	1	4	1	1
	In Prozent	14%	57 %	14 %	14 %
Thüringen	Absolut	4	8	10	1
	In Prozent	17%	35 %	43 %	4 %
Gesamt	Absolut	86	72	73	27
	In Prozent	33%	28 %	28 %	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

Tabelle 14: Unsicherheiten bei der Adressierung von Mischszenen nach Problemdruck

		Zustimmung zur Aussage: „Im Rahmen der Umsetzung unserer Partnerschaft für Demokratie bestehen besondere Unsicherheiten bei der Adressierung von Mischszenen.“			
		Stimme gar nicht/eher zu	Teils/Teils	Stimme eher/voll zu	Kann ich nicht beurteilen
Kein/geringer Problemdruck	Absolut	31	12	7	3
	Prozent	59%	23%	13%	6%
Mittlerer Problemdruck	Absolut	44	37	32	14
	Prozent	35%	29%	25%	11%
Hoher/sehr hoher Problemdruck	Absolut	10	22	34	5
	Prozent	14%	31%	48%	7%
Kann ich nicht beurteilen	Absolut	1	1	0	5
	Prozent	14%	14%	0%	71%
Gesamt	Absolut	86	72	73	27
	Prozent	33%	28%	28%	11%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258) mit Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion. Korrelation nach Spearman: 0,398 (p<0,001). Der Rangkorrelationskoeffizient wurde unter Ausschluss der „Kann ich nicht beurteilen“-Kategorie und auf Basis der 5-stufigen Skalen beider Items berechnet.

Tabelle 15: Aktivitäten von Mischszenen in den Förderregionen nach Bundesland

		Ja	Nein	Kann ich nicht beurteilen
Baden-Württemberg	Absolut	22	3	10
	In Prozent	63 %	9 %	29 %
Bayern	Absolut	25	3	5
	In Prozent	76%	9 %	15 %
Berlin	Absolut	20	1	1
	In Prozent	91%	5 %	5 %
Brandenburg	Absolut	16	1	2
	In Prozent	84%	5 %	11 %
Bremen	Absolut	2	1	0
	In Prozent	67%	33 %	0 %
Hamburg	Absolut	1	1	6
	In Prozent	13%	13 %	75 %
Hessen	Absolut	26	7	7
	In Prozent	65%	18 %	18 %
Mecklenburg-Vorpommern	Absolut	17	1	2
	In Prozent	85%	5 %	10 %
Niedersachsen	Absolut	16	7	5
	In Prozent	57%	25 %	18 %
Nordrhein-Westfalen	Absolut	24	3	14
	In Prozent	59%	7 %	34 %
Rheinland-Pfalz	Absolut	11	4	4
	In Prozent	58%	21 %	21 %
Saarland	Absolut	6	0	0
	In Prozent	100 %	0 %	0 %
Sachsen	Absolut	25	0	1
	In Prozent	96 %	0 %	4 %
Sachsen-Anhalt	Absolut	17	0	4
	In Prozent	81 %	0 %	19 %
Schleswig-Holstein	Absolut	7	2	3
	In Prozent	58 %	17 %	25 %
Thüringen	Absolut	23	0	0
	In Prozent	100 %	0 %	0 %
Gesamt	Absolut	258	34	64
	In Prozent	72 %	10 %	18 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258) mit Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion.

Tabelle 16: Problemdruck durch Mischszenen nach Bundesland

		Kein/geringer Problemdruck	Mittlerer Problemdruck	Hoher/sehr hoher Problemdruck	Kann ich nicht beurteilen
Baden-Württemberg	Absolut	7	10	4	1
	In Prozent	32 %	45 %	18 %	5 %
Bayern	Absolut	6	15	4	0
	In Prozent	24 %	60 %	16 %	0 %
Berlin	Absolut	3	11	6	0
	In Prozent	15 %	55 %	30 %	0 %
Brandenburg	Absolut	2	11	3	0
	In Prozent	13 %	69 %	19 %	0 %
Bremen	Absolut	2	0	0	0
	In Prozent	100 %	0 %	0 %	0 %
Hamburg	Absolut	0	0	1	0
	In Prozent	0 %	0 %	100 %	0 %
Hessen	Absolut	10	6	6	4
	In Prozent	38 %	23 %	23 %	15 %
Mecklenburg-Vorpommern	Absolut	3	5	9	0
	In Prozent	18 %	29 %	53 %	0 %
Niedersachsen	Absolut	4	8	4	0
	In Prozent	25 %	50 %	25 %	0 %
Nordrhein-Westfalen	Absolut	3	17	4	0
	In Prozent	13 %	71 %	17 %	0 %
Rheinland-Pfalz	Absolut	1	8	2	0
	In Prozent	9 %	73 %	18 %	0 %
Saarland	Absolut	0	6	0	0
	In Prozent	0 %	100 %	0 %	0 %
Sachsen	Absolut	3	12	10	0
	In Prozent	12 %	48 %	40 %	0 %
Sachsen-Anhalt	Absolut	1	9	7	0
	In Prozent	6 %	53 %	41 %	0 %
Schleswig-Holstein	Absolut	3	2	1	1
	In Prozent	43 %	29 %	14 %	14 %
Thüringen	Absolut	5	7	10	1
	In Prozent	22 %	30 %	43 %	4 %
Gesamt	Absolut	53	127	71	7
	In Prozent	21 %	49 %	28 %	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

Tabelle 17: Übergriffe und Anfeindungen nach Bundesland

		Ja, wiederholt/ mehrere	Ja, in Einzelfäl- len	Nein	Kann ich nicht beurteilen
Baden-Württemberg	Absolut	2	2	11	7
	In Prozent	9%	9 %	50 %	32 %
Bayern	Absolut	1	7	11	6
	In Prozent	4%	28 %	44%	24 %
Berlin	Absolut	4	6	6	4
	In Prozent	20%	30 %	30%	20 %
Brandenburg	Absolut	2	4	8	2
	In Prozent	13%	25 %	50%	13 %
Bremen	Absolut	0	0	2	0
	In Prozent	0%	0 %	100 %	0 %
Hamburg	Absolut	0	1	0	0
	In Prozent	0%	100 %	0 %	0 %
Hessen	Absolut	2	2	10	12
	In Prozent	8%	8 %	38 %	46 %
Mecklenburg-Vor- pommern	Absolut	3	4	7	3
	In Prozent	18%	24 %	41 %	18 %
Niedersachsen	Absolut	3	6	3	4
	In Prozent	19%	38 %	19 %	25 %
Nordrhein-Westfa- len	Absolut	2	10	6	6
	In Prozent	8%	42%	25 %	25 %
Rheinland-Pfalz	Absolut	0	3	5	3
	In Prozent	0%	27%	45 %	27 %
Saarland	Absolut	0	1	3	2
	In Prozent	0%	17%	50 %	33 %
Sachsen	Absolut	5	8	5	7
	In Prozent	20%	32 %	20 %	28 %
Sachsen-Anhalt	Absolut	3	2	3	9
	In Prozent	18%	12 %	18 %	53 %
Schleswig-Holstein	Absolut	0	2	2	3
	In Prozent	0%	29 %	29 %	43 %
Thüringen	Absolut	5	9	2	7
	In Prozent	22 %	39 %	9 %	30 %
Gesamt	Absolut	32	67	84	75
	In Prozent	12 %	26 %	33 %	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben.

Tabelle 18: In Mischszenen aktive Akteur*innen nach Bundesland

		Rechtsextreme Akteur*innen	Rechtspopulistische Akteur*innen	Akteur*innen aus esoterischen oder anthroposophisch geprägten Szenen	Akteur*innen aus der politischen „Mitte“	Sich politisch „links“ verortende Akteur*innen	Kann ich nicht beurteilen
Baden-Württemberg	Absolut	7	20	17	12	3	2
	In Prozent	32 %	91 %	77 %	55 %	14 %	9 %
Bayern	Absolut	11	22	17	15	4	1
	In Prozent	44 %	88 %	68 %	60 %	16 %	4 %
Berlin	Absolut	15	16	10	8	2	2
	In Prozent	75 %	80 %	50 %	40 %	10 %	10 %
Brandenburg	Absolut	8	12	10	9	2	2
	In Prozent	50 %	75 %	63 %	56 %	13 %	13 %
Bremen	Absolut	2	2	2	0	0	0
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	0 %	0 %	0 %
Hamburg	Absolut	0	1	1	1	0	0
	In Prozent	0 %	100 %	100 %	100 %	0 %	0 %
Hessen	Absolut	9	21	20	11	3	3
	In Prozent	35 %	81 %	77 %	42 %	12 %	12 %
Mecklenburg-Vorpommern	Absolut	8	12	3	7	0	4
	In Prozent	47 %	71 %	18 %	41 %	0 %	24 %
Niedersachsen	Absolut	6	10	10	6	2	3
	In Prozent	38 %	63 %	63 %	38 %	13 %	19 %
Nordrhein-Westfalen	Absolut	16	21	15	13	8	3
	In Prozent	67 %	88 %	63 %	54 %	33 %	13 %
Rheinland-Pfalz	Absolut	7	10	7	3	0	1
	In Prozent	64 %	91 %	64 %	27 %	0 %	9 %
Saarland	Absolut	2	6	4	5	1	0
	In Prozent	33 %	100 %	67 %	83 %	17 %	0 %

		Rechtsextreme Akteur*innen	Rechtspopulistische Akteur*innen	Akteur*innen aus esoterischen oder anthroposophisch geprägten Szenen	Akteur*innen aus der politischen „Mitte“	Sich politisch „links“ verortende Akteur*innen	Kann ich nicht beurteilen
Sachsen	Absolut	20	23	7	8	2	2
	In Prozent	80 %	92 %	28 %	32 %	8 %	8 %
Sachsen-Anhalt	Absolut	10	15	12	15	2	0
	In Prozent	59 %	88 %	71 %	88 %	12 %	0 %
Schleswig-Holstein	Absolut	3	5	4	3	0	0
	In Prozent	43 %	71 %	57 %	43 %	0 %	0 %
Thüringen	Absolut	14	18	10	13	5	4
	In Prozent	61 %	78 %	43 %	57 %	22 %	17 %
Gesamt	Absolut	138	214	149	129	34	27
	In Prozent	53%	83%	58%	50%	13%	10%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben. Mehrfachantworten möglich.

Tabelle 19: Themen von Mischszenen nach Bundesland

		Corona-Schutzmaßnahmen	Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine	Die eigene ökonomische Situation	Wahrgenommene kulturelle „Überfremdung“	Wahrgenommene Einschränkungen individueller Freiheit	Klimawandel	Energiepolitik	Antifeminismus/ Antigenderismus	Kann ich nicht beurteilen
Baden-Württemberg	Absolut	21	13	5	3	15	4	4	2	1
	In Prozent	95 %	59 %	23 %	14 %	68 %	18 %	18 %	9 %	5 %
Bayern	Absolut	25	16	3	6	16	3	6	5	0
	In Prozent	100 %	64 %	12 %	24 %	64 %	12 %	24 %	20 %	0 %
Berlin	Absolut	20	12	4	5	13	9	3	3	0
	In Prozent	100 %	60 %	20 %	25 %	65 %	45 %	15 %	15 %	0 %
Brandenburg	Absolut	16	14	8	10	12	10	10	6	0
	In Prozent	100 %	88 %	50 %	63 %	75 %	63 %	63 %	38 %	0 %
Bremen	Absolut	2	0	0	1	2	0	0	1	0
	In Prozent	100 %	0 %	0 %	50 %	100 %	0 %	0 %	50 %	0 %
Hamburg	Absolut	1	1	0	1	1	1	0	1	0
	In Prozent	100 %	100 %	0 %	100 %	100 %	100 %	0 %	100 %	0 %
Hessen	Absolut	25	15	4	7	13	8	8	6	0
	In Prozent	96 %	58 %	15 %	27 %	50 %	31 %	31 %	23 %	0 %
Mecklenburg-Vorpommern	Absolut	17	15	9	8	12	1	14	3	0
	In Prozent	100 %	88 %	53 %	47 %	71 %	6 %	82 %	18 %	0 %
Niedersachsen	Absolut	16	12	4	3	9	4	1	1	0
	In Prozent	100 %	75 %	25 %	19 %	56 %	25 %	6 %	6 %	0 %
Nordrhein-Westfalen	Absolut	24	18	9	10	16	12	14	8	0
	In Prozent	100 %	75 %	38 %	42 %	67 %	50 %	58 %	33 %	0 %
Rheinland-Pfalz	Absolut	10	5	2	6	5	2	3	2	0
	In Prozent	91 %	45 %	18 %	55 %	45 %	18 %	27 %	18 %	0 %
Saarland	Absolut	6	5	5	1	4	1	2	0	0
	In Prozent	100 %	83 %	83 %	17 %	67 %	17 %	33 %	0 %	0 %

		Corona-Schutzmaßnahmen	Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine	Die eigene ökonomische Situation	Wahrgenommene kulturelle „Überfremdung“	Wahrgenommene Einschränkungen individueller Freiheit	Klimawandel	Energiepolitik	Antifeminismus/ Antigenderismus	Kann ich nicht beurteilen
Sachsen	Absolut	25	19	12	16	20	5	18	5	0
	In Prozent	100 %	76 %	48 %	64 %	80 %	20 %	72 %	20 %	0 %
Sachsen-Anhalt	Absolut	17	15	10	8	12	7	14	6	0
	In Prozent	100 %	88 %	59 %	47 %	71 %	41 %	82 %	35 %	0 %
Schleswig-Holstein	Absolut	6	2	1	1	3	2	3	1	1
	In Prozent	86 %	29 %	14 %	14 %	43 %	29 %	43 %	14 %	14 %
Thüringen	Absolut	23	20	17	11	16	8	17	7	0
	In Prozent	100 %	87 %	74 %	48 %	70 %	35 %	74 %	30 %	0 %
Gesamt	Absolut	254	182	93	97	169	77	117	57	2
	In Prozent	98 %	71 %	36 %	38 %	66 %	30 %	45 %	22 %	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2023 (n=258), die Aktivitäten von Mischszenen in ihrer Förderregion beobachtet haben. Mehrfachantworten möglich.

Kurzprofil

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a. M.) wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt am Main. In Berlin unterhält das ISS ein Projektbüro.

Das ISS-Frankfurt a. M. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Das Institut erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projektförderung.

- Das Leistungsprofil des ISS-Frankfurt a. M. steht als wissenschaftsbasiertes Fachinstitut für Praxisberatung, Praxisbegleitung und Praxisentwicklung an der Schnittstelle von Praxis, Politik und Wissenschaft der Sozialen Arbeit und gewährleistet damit einen optimalen Transfer.
- Zum Aufgabenspektrum gehören wissenschaftsbasierte Dienstleistungen und Beratung auf den Ebenen von Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union sowie der Transfer von Wissen in die Praxis der Sozialen Arbeit und in die Fachöffentlichkeit.
- Die Arbeitsstruktur ist geprägt von praxiserfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, häufig mit Doppelqualifikationen, die ein breites Spektrum von Themenfeldern in interdisziplinären Teams bearbeiten. Dadurch ist das Institut in der Lage, flexibel auf Veränderungen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit sowie die daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen für Dienstleister, Verwaltung und Politik einzugehen.
- Auf unserer Website www.iss-ffm.de finden Sie weitere Informationen zum ISS-Frankfurt a. M. und zu dessen Kooperationen sowie Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download oder Bestellen.





Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

